JOHANN-CHRISTIAN PIELOW

Grundstrukturen öffentlicher Versorgung

Jus Publicum
58

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM

Beiträge zum öffentlichen Recht

Band 58

Johann-Christian Pielow

Grundstrukturen öffentlicher Versorgung

Vorgaben des Europäischen Gemeinschaftsrechts sowie des französischen und des deutschen Rechts unter besonderer Berücksichtigung der Elektrizitätswirtschaft

Mohr Siebeck

Johann-Christian Pielow, geboren 1957, Studium der Rechtswissenschaft in Münster und Lausanne; Referendariat in Köln; 1987 wiss. Mitarbeit im Institut für Öffentliches Recht und Verwaltungslehre der Universität Köln; 1988–92 wiss. Mitarbeiter, später wiss. Assistent am Lehrstuhl für Öffentliches Recht der Ruhr-Universität Bochum, anschließend Wechsel an das Institut für Berg- und Energierecht der Ruhr-Universität Bochum; Promotion 1992; 1993 Ernennung zum Akademischen Rat, 1996 zum Akademischen Oberrat. Mehrere Forschungsaufenthalte im europäischen Ausland und wiss. Kooperationen insbesondere mit spanischen Universitäten. 1998 Habilitation; 1998–99 Lehrstuhlvertretung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn; SS 1999 Lehrstuhlvertretung in Köln; WS 1999/00–SS 2000 Lehrstuhlvertretung in München.

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Pielow, Johann-Christian:
Grundstrukturen öffentlicher Versorgung : Vorgaben des europäischen Gemeinschaftsrechts sowie des französischen und des deutschen Rechts unter besonderer Berücksichtigung der Elektrizitätswirtschaft / Johann-Christian Pielow. – Tübingen : Mohr Siebeck, 2001
(Jus publicum ; 58) 978-3-16-157964-6 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019
ISBN 3-16-147174-1

© 2001 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Garamond-Antiqua belichtet, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0941-0503

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung wurde im Sommersemester 1998 von der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum als Habilitationsschrift angenommen. Angesichts der in ihr behandelten „schnellebigen" Thematik ist sie anschließend noch einmal, insbesondere hinsichtlich der deutschen Energierechtsnovelle vom 24. April 1998 sowie der sich abzeichnenden Reform der französischen Elektrizitätswirtschaft – das betreffende Gesetz stammt vom 10. Februar 2000 – ergänzt und aktualisiert worden. Auf diese Weise sind Rechtsprechung und Schrifttum bis Februar 2000 berücksichtigt.

Nachdrücklich danken möchte ich Herrn Professor *Dr. Peter J. Tettinger*: Während meiner Tätigkeit an seinem früheren Bochumer Lehrstuhl und am Institut für Berg- und Energierecht der Ruhr-Universität hat er meinen akademischen Werdegang mit nachhaltigem Engagement begleitet und – nicht zuletzt durch Gewährung notwendiger Freiräume – gefördert. Sein Vorbild in wissenschaftlicher, vor allem auch in menschlicher Hinsicht empfand ich stets als Orientierung und große Bereicherung.

Gedeihen konnte die Arbeit auch dank des kollegialen Klimas innerhalb der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität. Stellvertretend sei hierfür sowie für die zügige und engagierte Erstellung des Zweitgutachtens Herrn Professor em. Dr. Dr. h.c. mult. Knut Ipsen gedankt. Wissenschaftliche Anregungen und manch „mentale Stärkung" erfuhr ich zudem im Wittener Habilitanden- wie auch im übrigen Freundeskreis.

Vielfältige und bereitwillige Hilfestellungen durch ausländische Experten, ohne die eine rechtsvergleichende Untersuchung nicht auskommt, verdanke ich den Professoren Dres. *Pierre Subra de Bieusses* und *Michel Bazex* (Université Paris X – Nanterre), *Luciano Parejo Alfonso* (Universidad Carlos III de Madrid), *Sabino Cassese* (Universita Sapienza, Rom), *Iñigo del Guayo Castiella* (Universidad de Almería) und *Francisco de Borja López-Jurado Escribano* (Universidad de Navarra) sowie *Thomas Wälde* (University of Dundee), ferner Frau *Fabienne Helvin* vom französischen Industrieministerium, Herrn *Alain Fiquet* (Electricité de France) und Herrn *Luis Arroyo Jiménez* (Universidad de Castilla-La Mancha). Für redaktionelle und technische Hilfestellungen habe ich schließlich den Assessoren *Holger van Ooy*, *Britta Paschke* und *Stefanie Weiß* sowie Frau stud. iur. *Britta Jenjahn* und der Mitarbeiterschaft des Instituts für Berg- und Energierecht zu danken.

Finanziell unterstützt wurde die Untersuchung durch ein Habilitationsssti-

pendium und einen Druckkostenzuschuß der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Dies wie auch die Aufnahme der Studie in die Reihe „Jus Publicum" des Verlages Mohr Siebeck – mein Dank für die exzellente Betreuung gilt dort den Herren *Dr. Franz-Peter Gillig* und *Rudolf Pflug* – sind mir Ansporn für die weitere wissenschaftliche Tätigkeit.

In jeder Hinsicht conditio sine qua non für das Entstehen der Arbeit war unterdessen die unermüdliche, schon einmal leid-, immer indes verständnisvolle Rückendeckung durch meine Familie: Großen Dank schulde ich meinen Eltern, in erster Linie aber meiner Frau *Fátima* mit unseren Kindern *Ana-Christina*, *Nicolás* und *Emanuel*; ihnen möchte ich diese Arbeit widmen.

Johann-Christian Pielow

Inhaltsübersicht

Vorwort V
Abkürzungsverzeichnis XXV

Einleitung 1

Erster Teil

Grundlagen: Öffentliche Versorgung und der gemeinschaftsrechtliche Rahmen

§ 1 „Öffentliche Versorgung" als Kategorie 7
I. Zur Notwendigkeit rechtsordnungsübergreifender Begriffe .. 7
II. Begriffliche Eingrenzung 10
III. Abgrenzung gegenüber verwandten Begriffen 18
IV. Wandel und Wandlungen der öffentlichen Versorgung 26
V. Fazit: (De-)Regulierung zwischen Europäisierung und Nationalisierung 39

§ 2 „Öffentliche Versorgung" im primären Gemeinschaftsrecht 41
I. Grundlagen 42
II. An Unternehmen gerichtetes Primärrecht 46
III. An die Mitgliedsstaaten gerichtetes Primärrecht 63
IV. Artikel 86 Abs. 2 EGV als thematische Zentralnorm 75
V. Zur Tragweite von Art. 16 EGV n.F. 96
VI. Ergebnis und weiterer Gang der Untersuchung 101

Zweiter Teil

Öffentliche Versorgung im französischen Recht

Prolegomena 111

§ 3 Ursprünge und Entwicklung der Lehre vom Service public 115
I. *Service public* als staatstheoretische Kategorie 115
II. *Service public* als Kernelement des französischen Verwaltungsrechts 121

III. Aufstieg und Fall: Die Krisen des *Service public* 133
IV. *Service public* heute: Untergang oder Erneuerung? 142

§ 4 *Services publics* im engeren Sinne: Aufgaben der Leistungsverwaltung 149
I. Gängige Definitionen 150
II. Kernelemente 151
III. Folgen der Liberalisierung 165
IV. *Service public* und Elektrizitätswirtschaft 170

§ 5 Normative Rahmenvorgaben für *Services publics* 192
I. *Services publics* in der Verfassungsordnung von 1958 192
II. Staatliches Gestaltungsermessen und Gewaltenteilung 196
III Verfassungsrechtlich indizierte Staatsaufgabenzonen 203
IV. Aus den *libertés publiques* folgende Begrenzungen 215
V. Wettbewerbsrechtliche Schranken 240
VI. *Services publics* und territoriale Gebietskörperschaften 247
VII. *Etablissements publics* und Spezialitätsprinzip 264

§ 6 Exkurs: Rechtsstrukturen öffentlicher Versorgung in anderen EU-Staaten 267
I. „Romanische" Rechtsordnungen 267
II. „*Public utilities*" und „*Public service*" in Großbritannien 279

Dritter Teil

Öffentliche Versorgung im deutschen Recht

Erster Abschnitt

Theoretische Grundlagen

§ 7 Öffentliche Versorgung und Staatszweck 288
I. Zum relativen Nutzen allgemeiner Staatszweckbetrachtungen 288
II. „Gemeinwohl" und „öffentlicher Zweck" als rechtsstaatliche Grundpostulate 293
III. Konsequenzen 299

§ 8 Öffentliche Versorgung zwischen „öffentlichen" und „staatlichen" Aufgaben 302
I. Das trägerneutrale Konzept der „öffentlichen Aufgabe" 302
II. Die „staatliche Aufgabe" als allein rechtsrelevante Kategorie der Kompetenzabschichtung 312
III. Die Notwendigkeit einer verfeinerten Typologie der Staatsaufgaben 324

§ 9 Noch einmal: „Daseinsvorsorge" als Staats- und Verwaltungsaufgabe? ... 353
I. Begründung und Fortentwicklung des Konzepts bei *Ernst Forsthoff* ... 355
II. Verbleibender Nutzen der Argumentationsfigur? ... 370
III. Rechtsvergleichendes Resumée ... 392

§ 10 Die funktionale Zuordnung „privater" Versorgungstätigkeiten ... 401
I. Problemstellung ... 402
II. Zur dogmengeschichtlichen Entwicklung ... 406
III. Herkömmliche Unterscheidungen im Lichte eines differenzierteren Staatsaufgabenverständnisses ... 432
IV. Zur funktionalen Zurechnung „organisationsprivatisierten" Handelns der öffentlichen Hand ... 464
V. Fazit und Abgrenzung zur *gestion privée du service public* ... 467

Zweiter Abschnitt

Der normative Rahmen

§ 11 Allgemeine Vorgaben für die Aufgabenabschichtung ... 471
I. Öffentliche Versorgung und Wirtschaftsverfassung ... 471
II. Allgemeine Titel staatlicher Versorgungsverantwortung ... 482
III. Das Gesetz als „archimedischer Punkt" der Aufgabenabschichtung ... 489
IV. Materiellrechtliche Bindungen ... 497

§ 12 Sektorspezifische Aufgabendifferenzierungen ... 537
I. Eisenbahnverkehr ... 537
II. Post und Telekommunikation ... 549
III. Die leitungsgebundene Versorgung mit Elektrizität ... 566
IV. Zusammenfassende Bewertung der Rollenverteilung auf dem Gebiet der öffentlichen Versorgung ... 619

§ 13 Speziell: Staatliche Verantwortung für „Netze" und die Position privater Netzbetreiber ... 625
I. Problemstellung im Hinblick auf den Grundrechtsschutz ... 625
II. Infrastrukturnetze als „öffentliche Einrichtung" (*Georg Hermes*) ... 628
III. *Verfassungs*entscheidung zugunsten staatlicher „Netzregie"? ... 635
III. Sachen-, insbesondere straßenrechtliche Implikationen ... 648

§ 14 Öffentliche Versorgung im Bundesstaat ... 667
I. Gesetzgebungszuständigkeiten ... 667
II. Verwaltungszuständigkeiten ... 672
III. Die Position der kommunalen Gebietskörperschaften ... 676

Schlußbetrachtungen

I. Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse 735
II. Mögliche Folgen für die weitere gemeinschaftsrechtliche Flankierung der öffentlichen Versorgung 742

Inhaltsverzeichnis

Vorwort V

Abkürzungsverzeichnis XXV

Einleitung 1

Erster Teil

Grundlagen: Öffentliche Versorgung und der gemeinschaftsrechtliche Rahmen

§ 1 „Öffentliche Versorgung" als Kategorie 7

I. Zur Notwendigkeit rechtsordnungsübergreifender Begriffe 7

II. Begriffliche Eingrenzung 10
1. Semantik 10
2. „Öffentliche Versorgung" als normativ vorgeprägte Kategorie ... 11
a) „Öffentliche Versorgung" im engeren Sinne 12
b) „Öffentliche Versorgung" im weiteren Sinne 14
3. Wesensmerkmale 16

III. Abgrenzung gegenüber verwandten Begriffen 18
1. Daseinsvorsorge 18
2. Gemeinwirtschaft 19
3. Öffentliche Unternehmen / Öffentliche Wirtschaft 20
4. Infrastruktur 21
5. Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse 24
6. Zwischenergebnis 25

IV. Wandel und Wandlungen der öffentlichen Versorgung 26
1. Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung und Re-Regulierung 27
2. Die Elektrizitätswirtschaft als Referenzgebiet 30
3. Zum Stand der europäischen Energiepolitik 31
a) Reformkonzept und -alternativen 32
b) Die Binnenmarktrichtlinie betreffend Elektrizität 35

V. Fazit: (De-)Regulierung zwischen Europäisierung und Nationalisierung 39

§ 2 „Öffentliche Versorgung" im primären Gemeinschaftsrecht 41

I. Grundpostulate 42
1. Europäische Verfassung der „Wirtschaft" 42
2. „Universalität" des EG-Vertrages 44

II. An Unternehmen gerichtetes Primärrecht 46
1. Der Unternehmensbegriff in den Art. 81 ff. EGV 46
a) Funktionale Interpretation 47
b) Gleichbehandlung „öffentlicher" Unternehmen 48
2. Auslegungsprobleme im Verhältnis von „Staat" und „Wirtschaft" 50
a) Staatliches Eigenhandeln als „Unternehmen"? 52
b) Abgrenzung gegenüber „nichtwirtschaftlichem", insbesondere „hoheitlichem" Handeln 53
c) Bewertung 57
3. Befreiungsmöglichkeiten 58
a) Ausnahmen nach den Artikeln 81 Abs. 3 und 83 Abs. 2 lit. b) und c) EGV 61
b) Art. 86 Abs. 2 EGV 62

III. An die Mitgliedstaaten gerichtetes Primärrecht 63
1. Grundfreiheiten 63
a) Pflichtverletzung 64
b) Befreiungen, insbesondere Art. 30 EGV 64
2. Staatliche Handels- und Dienstleistungsmonopole 66
3. EG-kartellrechtliche Bindungen 68
a) Art. 86 Abs. 1 i.V.m. Art. 81 und 82 EGV 68
b) Art. 10 i.V.m. Art. 81 ff. EGV 69
4. Staatliche Beihilfen 71
5. *Ultima ratio* wiederum: Art. 86 Abs. 2 EGV 73

IV. Artikel 86 Abs. 2 EGV als thematische Zentralnorm 75
1. Normtyp und Regelungszweck 77
2. Tatbestandliche Voraussetzungen 78
a) „Unternehmen" 78
b) „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse" 79
aa) „Definitionshoheit" der Mitgliedsstaaten 80
bb) Vertretbarkeitskontrolle 81
c) „Betrauung" 83
3. Rechtsfolge: Begrenzte Legalausnahme 86
a) „Verhinderung" der Aufgabenerfüllung / Erforderlichkeitsprüfung 86
b) Entgegenstehendes Gemeinschaftsinteresse 88
c) Darlegungs- und Beweislasten 89
4. Art. 86 Abs. 2 EGV und abgeleitetes Gemeinschaftsrecht 91
5. Zwischenfazit 94

V. Zur Tragweite von Art. 16 EGV 96
1. Genese 96

2. „Formelkompromiß" ... 98
3. Immerhin: Positive Schutzpflicht ... 100

VI. Ergebnis und weiterer Gang der Untersuchung ... 101
1. Das ungelöste Verhältnis von Wettbewerb und Wettbewerbsbeschränkung: Risiken für die europäische Integration ... 102
2. Zur notwendigen Herausbildung gemeinsamer Kriterien im Wege des Systemvergleichs ... 105
3. Konzentration auf den deutsch-französischen Rechtsvergleich ... 107
4. Zentrale Fragen ... 109

Zweiter Teil

Öffentliche Versorgung im französischen Recht

Prolegomena: Öffentliche Versorgung und *Service public* ... 111

§ 3 Ursprünge und Entwicklung der Lehre vom *Service public* ... 115

I. *Service public* als staatstheoretische Kategorie ... 115
1. Das Dogma der *Puissance publique* im *Etat-gendarme* ... 116
2. *Léon Duguit: „Limiter l'Etat dans le service public"* ... 117
a) *La loi de but: „Solidarité sociale"* ... 117
b) „Finale" Legitimation des Staates ... 119

II. *Service public* als Kernelement des französischen Verwaltungsrechts ... 121
1. Ausgangspunkt: Die Rechtswegfrage ... 123
2. Die „Schule vom *Service public*" ... 125
a) Wesensmerkmale ... 125
aa) Die subjektive Bestimmung der *„activités de l'intérêt général"* ... 127
bb) Die institutionelle Vereinnahmung (*„publicatio"*) der Aufgabe ... 128
cc) *Régime spécial exorbitant du droit commun* ... 129
dd) Rechtspraktische Konsequenzen ... 130
b) Frühe Kritik ... 132

III. Aufstieg und Fall: Die Krisen des *Service public* ... 133
1. Der Staat als Unternehmer: Die *Services publics à caractère industriel et commercial* ... 135
2. Privatwirtschaftliche Tätigkeiten als *Services publics?* ... 138
3. Die sog. *Services publics „virtuels"* ... 139
4. Konsequenzen ... 140

IV. *Service public* heute: Untergang oder Erneuerung? ... 142
1. Rückkehr zur *Puissance publique* infolge „Konstitutionalisierung" des Verwaltungsrechts ... 143

2. *Service public* im engeren Sinne: Synonym für die Verwaltungskompetenz ... 146

§ 4 *Services publics* im engeren Sinne: Aufgaben der Leistungsverwaltung ... 149

I. Gängige Definitionen ... 150

II. Kernelemente ... 151
1. Funktional: Leistende Tätigkeit ... 151
2. Final: Zur Befriedigung von Allgemeininteressen ... 152
3. Institutionell: „*Rattachement organique*" und staatliche „*Maîtrise*" ... 153
4. Organisationsformen ... 155
a) Staatliche „Eigenerfüllung" (*gestion directe / indirecte*) ... 156
b) Die Delegation von *services publics (gestion déléguée)*, insbesondere: Die *concession du service public* ... 158
5. Rechtsregime ... 161
6. *Service public* und Wettbewerb? ... 164

III. Folgen der Liberalisierung ... 165
1. Differenzierte Aufgabenabschichtung – Beispiel Telekommunikation ... 166
2. Speziell: Versorgungsnetze (*Grands réseaux*) – Beispiel Eisenbahn ... 168
3. Ergebnis: *Services publics*, Universaldienste und Strategien zur Beibehaltung staatlicher Einflußzonen ... 169

IV. *Service public* und Elektrizitätswirtschaft ... 170
1. Der bisherige Stand ... 171
a) Die Nationalisierung durch Gesetz vom 8. April 1946 ... 172
b) Reichweite des *service public* ... 174
c) Sonderrechtsregime ... 175
d) Zum Verhältnis Staat – *Electricité de France* ... 177
e) Zwischenfazit: „Erfolgsstory EDF" ... 178
2. Das „Gesetz zur Modernisierung und Entwicklung des *service public* Elektrizität" vom 10. Februar 2000 ... 181
a) Definition und Leitmaximen ... 182
b) *Missions de service public* und ihre Träger ... 184
c) Stromerzeugung ... 184
d) Transport und Verteilung ... 185
e) Zugang Dritter zu den Netzen ... 186
f) „Allgemeine" Strombelieferung (u.a. „Recht auf Elektrizität") ... 189
3. Schlußfolgerung ... 190

§ 5 Normative Rahmenvorgaben für *Services publics* ... 192

I. *Services publics* in der Verfassungsordnung von 1958 ... 192
1. Neuakzentuierungen durch den *Conseil constitutionnel* ... 193
2. *Services publics* und „Wirtschaftsverfassung" ... 194

II. Staatliches Gestaltungsermessen und Gewaltenteilung 196
1. Der Vorbehalt des Parlamentsgesetzes (Art. 34 franz. Verf.) 198
2. Regelungsbefugnisse der Exekutive 200
3. Zur Rolle der Gerichte 201

III. Verfassungsrechtlich indizierte Staatsaufgabenzonen 203
1. *Services publics „constitutionnels"* 204
a) Explizite und implizite Vorgaben im Verfassungsrecht 206
b) Staatliche Gewährleistungsverantwortung 207
c) Insbesondere: Der Nationalisierungsappell in der Verfassungspräambel von 1946 209
2. Zwischenfazit: Privatisierungsverbot für „Netze"? / Der *service public constitutionnel* als „Joker" in der Hand des Verfassungsrates 213

IV. Aus den *libertés publiques* folgende Begrenzungen 215
1. Eckpunkte der französischen Grundrechtssystematik 216
a) Geltungsgrundlagen 217
b) Zur Normativität einzelner Grundrechtsverbürgungen 221
c) Primär „objektive" Gewährleistungsgehalte / Grundrechtsverpflichtung und -berechtigung 222
2. Unternehmerische Freiheiten 225
a) Normative Herleitung 226
b) Die Bindung der Legislative an die *liberté d'entreprendre* 226
c) Die Bindung der Exekutive an die *liberté du commerce et de l'industrie* 229
3. Der Schutz der Eigentums 231
4. Der allgemeine Gleichheitssatz 235
5. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 237
6. Ergebnis 239

V. Wettbewerbsrechtliche Schranken 240
1. Möglichkeit gesetzlicher Wettbewerbsbeschränkung 242
2. *Activités marchandes* vs. Organisation von *services publics* 242
3. Fazit: Mehr Wettbewerbsdruck für konkurrenzwirtschaftliche *services publics* 246

VI. *Services publics* und territoriale Gebietskörperschaften 247
1. *Libre administration* im „dezentralisierten" Staat 248
a) Entwicklungsgeschichtliche Anmerkungen 249
b) Zur Reichweite der Garantie in Art. 72 Abs. 2 franz. Verf. 255
c) System der Kompetenzaufteilung 256
2. Kommunale Versorgunswirtschaft – *Services publics locaux* 258
a) Obligatorische und freiwillige *services publics* 259
b) „Faktische" Gemeindemonopole 260
3. Resumée: Die Ambivalenz des *service public*-Modells am Beispiel kommunaler Einflüsse im Bereich der Elektrizitätswirtschaft 261

VII. *Etablissements publics* und Spezialitätsprinzip 264

§ 6 Exkurs: Rechtsstrukturen öffentlicher Versorgung in anderen EU-Staaten ... 267

I. „romanische" Rechtsordnungen ... 267
1. Beispiel Spanien ... 268
a) Maßgeblich: *Servicio público* im engeren Sinne ... 268
b) *Servicio público* und Verfassungsrecht ... 271
c) *Servicio público* und Wettbewerb (insbes. Elektrizitätswirtschaft) ... 275
d) *Servicio público* und kommunale Selbstverwaltung ... 277
2. Beispiel Italien ... 278

II. „*Public utilities*" und „*Public service*" in Großbritannien ... 279
1. Begriffliche Eingrenzung ... 280
2. Privatisierungspolitik ... 280
3. Regulierung ... 281

Dritter Teil

Öffentliche Versorgung im deutschen Recht

Erster Abschnitt: Theoretische Grundlagen ... 285

§ 7 Öffentliche Versorgung und Staatszweck ... 288

I. Zum relativen Nutzen allgemeiner Staatszweckbetrachtungen ... 288

II. „Gemeinwohl" und „öffentlicher Zweck" als rechtsstaatliche Grundpostulate ... 293
1. Indikatoren und Verfahren der Gemeinwohlkonkretisierung ... 294
2. Arbeitsteilige Verantwortung von Staat und Gesellschaft ... 297

III. Konsequenzen ... 299

§ 8 Öffentliche Versorgung zwischen „öffentlichen" und „staatlichen" Aufgaben ... 302

I. Das trägerneutrale Konzept der „öffentlichen Aufgabe" ... 302
1. Uneinheitliche Verwendung des Begriffs in der Rechtsprechung ... 304
2. „Öffentliche Aufgaben" in der Gesetzessprache ... 308
3. Erste Folgerungen ... 309

II. Die „Staatsaufgabe" als allein rechtsrelevante Kategorie der Kompetenzabschichtung ... 312
1. Terminologische Eingrenzung ... 312
2. Kompetenz-Kompetenz und grundgesetzliche Bindung ... 314
a) Staatsaufgabenbezogene Zurückhaltung des Grundgesetzes ... 315
b) Verfassungsrechtliche Grenzen des Aufgabenzugriffs ... 317
c) Völker- und europarechtliche Vorgaben ... 317

3. „Natürliche" oder „wesentliche" Staatsaufgaben? 319
4. Zwischenfazit: Zum Nutzen einer Staatsaufgabenlehre 322

III. Die Notwendigkeit einer verfeinerten Typologie der Staatsaufgaben . 324
1. Umfassende und partielle, ausschließliche und konkurrierende Staatsaufgaben, Hoheitskompetenz und Verwaltungsmonopol – Parallelen zum *Service public* i.e.S. 326
2. Weitere Feindifferenzierung als „steuerungsrechtliches" Gebot „kooperativer" Gemeinwohlverwirklichung 328
a) Interdisziplinäre Ausgangsüberlegungen 329
b) Sozialwissenschaftliche Radikallösungen 331
c) Rechtswissenschaftliche Reaktionen 332
3. Verfassungsstaatlicher Vorbehalt bei der Problembewältigung: Die notwendige Unterscheidung von Staat und Gesellschaft 336
a) „Funktionale" Unterscheidung 338
b) Annäherung von Systemtheorie und Verfassungsrecht 339
c) Folge: Verbot „kondominialer" Aufgabenverantwortung 341
d) Verfassungsgeschichtlicher und -vergleichender Exkurs 343
4. Gestufte Aufgabenabschichtung nach Intensitäten staatlicher Verantwortung 344
5. Fazit: Ansätze in der Rechtspraxis und verbleibende Vorbehalte .. 348

§ 9 Noch einmal: „Daseinsvorsorge" als Staats- und Verwaltungsaufgabe? 353

I. Begründung und Fortentwicklung des Konzepts bei *Ernst Forsthoff* . 355
1. Ausgangsüberlegungen 355
2. Rechtsdogmatische Konsequenzen 358
a) Der öffentlich-rechtliche Teilhabeanspruch 360
b) Kompetenzbezogene Auswirkungen ? 365

II. Verbleibender Nutzen der Argumentationsfigur ? 370
1. Daseinsvorsorge, Verwaltungsprivatrecht und „Fiskalgeltung" der Grundrechte 370
a) Grundrechtsgebundenheit des gesamten Staatshandelns 373
b) Konsequenzen 376
2. Zwischenzeitlicher Wandel zum Rechtsbegriff? 379
a) Daseinsvorsorge und öffentliches Recht 380
b) Auf dem Weg zum kompetenzbegründenden Rechtsbegriff? .. 382
c) „Daseinsvorsorge" in neueren Gesetzen 388
d) Daseinsvorsorge und Wettbewerb 390

III. Rechtsvergleichendes Resumée 392
1. Elementarunterschiede zwischen Daseinsvorsorge und *service public* 395
2. Folgerungen für die europäische und die innerdeutsche Diskussion 398

§ 10 Die funktionale Zuordnung „privater" Versorgungstätigkeiten 401

I. Problemstellung 402

II. Zur dogmengeschichtlichen Entwicklung 406
1. Die Verleihung öffentlicher Unternehmungen (*Otto Mayer*) 406
a) Grundmuster und Parallelen zum *Service public* 407
b) Maßgebliche Gründe für das Scheitern des Konzepts 411
aa) Das zweckbetonte Kriterium der öffentlichen Unternehmung 412
bb) Das besondere Gebrauchsrecht an öffentlichen Sachen als „Verwaltung"? 414
cc) Beschränkung des „subjektiven öffentlichen Rechts" auf die Teilhabe an „öffentlicher Gewalt" 422
dd) Hypertrophie des öffentlichen Rechts 424
2. „Beleihung" und „Konzession" bei *Ernst Rudolf Huber* 428

III. Herkömmliche Unterscheidungen im Lichte eines differenzierteren Staatsaufgabenverständnisses 432
1. Prämissen 433
2. Beleihung 438
a) Erweiterte Rechtsstellungstheorie 438
b) Delegation privatrechtsförmiger Tätigkeiten? 440
c) Exemplifizierung anhand § 16 Abs. 2 KrW-/AbfG 443
3. Verwaltungshilfe 445
a) Herkömmliches Konzept 446
b) Notwendige Erweiterung 448
4. Indienstnahme Privater für öffentliche Zwecke 451
a) Dogmatische Ursprünge 452
b) Wandel im Lichte eines geänderten Staatsaufgabenverständnisses 453
c) Konsequenzen aus grundrechtlicher Sicht 456
5. „Konzession"? 458
a) Indifferente Verwendung eines schillernden Begriffs 460
b) Neubelebung im Rahmen versorgungswirtschaftsbezogener Zulassungsentscheidungen? 462

IV. Zur funktionalen Zurechnung „organisationsprivatisierten" Handelns der öffentlichen Hand 464

V. Fazit und Abgrenzung zur *gestion privée du service public* 467

Zweiter Abschnitt: Der normative Rahmen 471

§ 11 Allgemeine Vorgaben für die Aufgabenabschichtung 471

I. Öffentliche Versorgung und Wirtschaftsverfassung 471
1. „Regel-Ausnahme-Verhältnis" 475
2. Flankierende Prinzipien 479

II. Allgemeine Titel staatlicher Versorgungsverantwortung 482
1. Der sozialstaatliche Gestaltungsauftrag und die Grenzen 482
a) Sicherung von Teilhabe 485
b) Ausgleich sozialer Härten 486
2. Keine weiterführenden Hinweise in Art. 33 Abs. 4 GG 487

III. Das Gesetz als „archimedischer Punkt" der Aufgabenabschichtung .. 489
1. Gesetzesvorbehalt schon kraft „Wesentlichkeit" 489
2. Gesetzesvorbehalt bei „konkurrenzwirtschaftlicher" Versorgungstätigkeit der öffentlichen Hand? 492
3. Auslegungsfragen 495

IV. Materiellrechtliche Bindungen 497
1. Insbesondere: Die Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG) 497
a) Verwaltungsmonopole 500
b) Zulassungs- sowie Kontingentierungsvorbehalte 507
c) Konkurrierendes Versorgungswirtschaftshandeln 511
aa) „Faktische" Grundrechtsbeeinträchtigung 514
bb) Rechtfertigung 516
2. Sonstige Grundrechte 519
a) Eigentumsfreiheit (Art. 14 GG) 520
b) Unternehmerische Dispositionsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG) 521
c) Allgemeiner Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG) 523
3. Haushaltsrecht 525
a) Regelungen auf Bundes- und Länderebene 526
b) Kommunales Wirtschaftsrecht 528
4. Wettbewerbsrecht 528
a) Grundsatz der „Wettbewerbsfreiheit" 530
b) Begrenzte Möglichkeit der normativen Durchbrechung 530
c) Zur Überprüfung konkurrenzwirtschaftlichen Staatshandelns . 532
5. Rechtsvergleichendes Fazit 535

§ 12 Sektorspezifische Aufgabendifferenzierungen 537

I. Eisenbahnverkehr 537
1. Ursprünge 537
2. Zur Rechtslage unter der Geltung des Art. 87 Abs. 1 S. 1 GG a.F. . 540
3. Die Aufgabenabschichtung nach der Bahnstrukturreform 541
a) Trennungsprinzip 542
b) Eisenbahnunternehmen 544
c) Gewährleistungsaufgaben 546

II. Post und Telekommunikation 549
1. Ursprünge und Entwicklung bis zur Postreform II 550
2. Verbleibender Staatsaufgabengehalt nach Art. 87f GG 554
a) Gewährleistungsverantwortung 554
b) Materiell privatisierte Dienstleistungen 555
c) Ausschluß *kommunaler* Telekommunikationsdienste? 557
3. Die Umsetzung im Telekommunikationsgesetz 559
a) Allgemeine Zielsetzung / Lizenzierung 560

b) Regulierung ... 561
c) Universaldienstleistungen ... 562
d) Zugang Dritter zu den Netzen ... 563
e) Entgeltregelung / Wegenutzung ... 563
4. Die Umsetzung im Postgesetz ... 564

III. Die leitungsgebundene Versorgung mit Elektrizität ... 566
1. Zur bisherigen Situation ... 567
a) Unternehmensstrukturen ... 568
b) Das System geschlossener Versorgungsgebiete ... 570
2. Einige Anmerkungen aus historischer Sicht ... 573
a) Privatwirtschaftliche „Initialzündungen" ... 574
b) Konzentrations- und Zentralisierungsprozesse ... 576
c) Die Erfassung durch den Gesetzgeber ... 578
aa) Die Verabschiedung des Energiewirtschaftsgesetzes ... 581
bb) Die Entwicklung des kartellrechtlichen Rahmens ... 583
d) Zur Energierechtsreform von 1998 ... 585
3. Verfassungsrechtliche Aufgabenverteilungskriterien ... 591
a) Art. 74 Abs. 1 Nr. 11 GG ... 591
b) Sozialstaatliche Sicherungsverantwortung ... 592
4. Aufgabendifferenzierung anhand des neuen Energiewirtschaftsgesetzes ... 594
a) Unhaltbarkeit älterer „Publifizierungstheorien" ... 596
aa) Weder Beleihung noch Verwaltungshilfe ... 596
bb) Sonderstatus kraft Enteignung zugunsten von EltVU? ... 599
cc) Noch einmal: „Konzession" nach § 3 Abs. 1 EnWG? ... 602
dd) Zur Stellung „öffentlicher" Energieversorgungsunternehmen ... 603
b) Umfassende Marktöffnung mit „selbstregulativen" Elementen ... 606
aa) Verhandelter Netzzugang und Netzzugangsalternative ... 608
bb) Staatliche Regulierung vs. gesellschaftliche Selbstregulierung ... 610
c) Legitimationsbedürftige Indienstnahmen für Gemeinwohlzwecke ... 614
d) Ergebnis ... 618

IV. Zusammenfassende Bewertung der „Rollenverteilung" auf dem Gebiet der öffentlichen Versorgung ... 619
1. Staatliche Basisverantwortung ... 619
2. Privat- bzw. konkurrenzwirtschaftliche Erfüllung anstatt „Aufgabenmonopolisierung" ... 620
3. Technik der Gemeinwohlbindung ... 622

§ 13 Speziell: Staatliche Verantwortung für „Netze" und die Position privater Netzbetreiber ... 625

I. Problemstellung im Hinblick auf den Grundrechtsschutz ... 625

II. Infrastrukturnetze als „öffentliche Einrichtung" (*Georg Hermes*) ... 628

1. Das spezifische Verständnis von „Infrastrukturverantwortung“: .. 629
a) Staatliche Verantwortung für „primäre“ (Transport-)Netze ... 630
b) Folgerungen für „sekundäre“ (Verteiler-)Netze 631
2. Konsequenzen für die Elektrizitätsversorgung 633

III. *Verfassung*sentscheidung zugunsten staatlicher „Netzregie“ ? 635
1. Der problematische Rückgriff auf Art. 14 Abs. 3 GG 637
a) Enteignung als *ultima ratio* 638
b) Zur Relation von Gemeinwohlbindung, Netzeigentum und Drittzugang 641
c) Zwischenfazit 644
2. Staatsaufgabenrechtliche Betrachtung 644
a) Gesetzesvorbehalt 645
b) Publifizierungshinweise außerhalb von Art. 14 Abs. 3 GG ? ... 645

IV. Sachen-, insbesondere straßenrechtliche Implikationen 648
1. Infrastrukturnetze als „öffentliche Einrichtung“ oder „öffentliche Sache“ 649
a) Widmung ? 650
b) „Öffentliche Einrichtung“ aufgrund obligatorischer Zugangsrechte ? 651
c) Zurück zu „öffentlicher Anstalt“ oder „öffentlichem Eigentum“ nach *O. Mayer* ? 652
2. „Sekundäre“ Netze und die Lehre vom modifizierten Privateigentum 655
a) Legitime Verfolgung „enteignungswidriger“ Nebenzwecke ... 657
b) Widersprüche der herrschenden Konzeption ? 658
c) Systemwidrigkeit einer verwaltungsrechtlichen „Wegenutzungskonzession“ 659
aa) Wirtschaftskonzession im Wegerecht? 661
bb) Wahrung „kooperativer“ Gestaltung der örtlichen Energieversorgung 663
3. Rechtsvergleich 664

§ 14 Öffentliche Versorgung im Bundesstaat 667

I. Gesetzgebungszuständigkeiten 667
1. Aufgabenverteilungskompetenzen 668
2. Regulierung 669
3. Kollisionslagen 670

II. Verwaltungszuständigkeiten 672
1. Organisationsrechtliche Fragen 672
2. Die Ausführung von Bundesgesetzen 674

III. Insbesondere: Die Position der kommunalen Gebietskörperschaften 676
1. Grundaussagen in Art. 28 Abs. 2 GG 678
a) Staatsorganisatorisches Aufbauprinzip 678
b) Aufgabenverteilungskriterien 680

aa) Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft 680
bb) Regelungsvorbehalt 681
cc) Institutionelle Begrenzungen 682
c) Eigenverantwortlichkeit 686
2. Selbstverwaltungsgarantie und private Versorgungswirtschaft 688
a) Art. 28 Abs. 2 S. 1 GG und „Drittwirkung“ 689
b) Schutz vor Aufgabenprivatisierungen ? 692
3. Typisierung kommunaler Einflußzonen 694
a) Sozialstaatlich motivierte Basisverantwortung 695
b) Kommunale „Aufgabenmonopole“ 696
aa) Pflichtaufgaben 696
bb) Anschluß- und Benutzungszwang 697
c) Nicht monopolisierte Versorgungseinrichtungen 699
d) Konkurrenzwirtschaftliche Betätigung 701
aa) Grundrechtliche Bindungen 703
bb) Kommunalwirtschaftsrechtliche Grenzen 705
(1) „Wirtschaftliche Betätigung“ vs. „öffentliche Einrichtung“ 705
(2) „Öffentlicher Zweck“ 708
(3) Subsidiarität 710
(4) Subjektive Abwehrrechte? 711
e) Koordinierung durch Verteilungslenkung 713
4. Folgerungen für kommunales Engagement auf dem Gebiet der Stromversorgung 714
a) Kein umfassender Kommunalvorbehalt 714
b) Notwendige Differenzierung nach kommunalen „Rollen“ 717
aa) Energierechtlich beeinflußte Gewährleistungsverantwortung 718
bb) Möglicher Rahmen einer kommunalen Verteilungsentscheidung 720
(1) Kommunales Wegeeigentum als faktische Grundlage der Entscheidung 720
(2) „Freie“ Vergabeentscheidung? 722
(3) Ausschluß „exklusiver“ Wegerechtsvergabe als Verletzung von Art. 28 Abs. 2 S. 1 GG? 724
(4) Relativierte Beibehaltung der Vergabeentscheidung im Rahmen des Alleinabnehmersystems 727
cc) Bindungen konkurrierender Erfüllungsübernahme im übrigen 728
(1) Grundrechtsrelevanz 729
(2) Erforderliche Rechtfertigung 731
5. Fazit und Ausblick *de lege ferenda* 733

Schlußbetrachtungen

I. Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse 735
1. Grundlagen 735
2. Rechtsvergleich 736

II. Mögliche Folgen für die weitere gemeinschaftsrechtliche Flankierung der öffentlichen Versorgung 742
1. Wettbewerbsverzerrungen durch Systemdivergenzen im nationalen Recht 742
2. Erforderliche Synthese zwischen Systemwettbewerb und Wettbewerbsausnahme 745
a) Konsequenzen *de lege lata* 746
b) Konsequenzen *de lege ferenda* 749

Literaturverzeichnis 755

Sachregister 789

Abkürzungsverzeichnis

Im Text verwendete Abkürzungen entsprechen, soweit sie nicht nachstehend erklärt sind, der Bedeutung, die bei *H. Kirchner*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 4. Aufl. Berlin 1993 angegeben sind.

A.J.D.A.	Actualité juridique – Droit administratif
abgedr.	abgedruckt
ArchPT	Archiv für Post und Telekommunikation
AVBEltV	Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Elektrizitätsversorgung von Tarifkunden (AVBEltV) vom 21.6. 1979 (BGBl. I S. 684)
AT&T	American Telephone and Telegraph Company
BHO	Bundeshaushaltsordnung v. 19.8. 1969 (BGBl. I S. 1284), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2.5. 1996 (BGBl. I S. 656)
BJC	Boletín de Jurisprudencia Constitucional (span. Sammlung verfassungsgerichtl. Entscheidungen)
B.L.D.	Bulletin Législatif Dalloz
BOCC	Bulletin Oficiel du Conseil de la concurrence
BOE	Boletín Oficial del Estado (span. Gesetz- und Verordnungsblatt)
C.A.	Cour d'appel
C.c.	Conseil constitutionnel
C.des ces.	Code des communes
C.E.	Conseil d'Etat
CEEP	Centre Européen des Entreprises Publiques
CGCT	Code général des collectivités territoriales
CJEG	Cahiers juridiques de l'électricité et du gaz
CMLRev.	Common Market Law Review
concl.	*conclusions* (Schlußanträge der Regierungskommissare in den Verfahren vor den französischen Verwaltungsgerichten und dem *Tribunal des conflits*)
Cons. conc.	Conseil de la concurrence
D.	Dalloz (Receuil de Jurisprudence)
Dr.admin.	Droit administratif (Zeitschrift)
DC	Décision de conformité à la Constitucion (Entscheidung des *Conseil constitutionnel* auf der Grundlage von Art. 54 und 61 franz. Verf.)
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) vom 25. März 1957 (BGBl. II S. 1014, i.d.F. des Europäischen Unionsvertrages vom 7.2. 1992, BGBl. 1993 II S. 1253/1286)
ebda.	ebenda
Eg. (Egde.)	Erwägungsgrund, -gründe
EBMRL	Richtlinie 96/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 1996 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt, ABl. EG Nr. L 27/20 vom 30.1. 1997
ECLR	European Competition Law Review
E.D.C.E.	Études et documents (publiés par le Conseil d'État)

ENA	École Nationale d'Administration (Paris)
EDF	Electricité de France
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 25. März 1957, konsolidierte Fassung mit Änderungen durch den Vertrag von Amsterdam vom 2. Okt. 1997 (BGBl. 1998 II S. 386)
EltVU	Elektrizitätsversorgungsunternehmen
EMR 1789	franz. Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789
ENeuOG	Gesetz zur Neuordnung des Eisenbahnwesens (Eisenbahnneuordnungsgesetz – ENeuOG) vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378)
ENEL	Ente nazionale Energia elettrica impresa già della Edisonvolta
EV	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 31. 8. 1990 (BGBl. II S. 889)
EVU	Energieversorgungsunternehmen (leitungsgebundene Versorgung mit Strom und Gas)
F.A.Z.	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fg.	Festgabe
Fs.	Festschrift
FIDE	Fédération Internationale de Droit Européen
FischersZ	Zeitschrift für Praxis und Gesetzgebung der Verwaltung (hrsg. von Fischer)
FIW	Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb e.V.
Fn.	Fußnote(n)
franz.Verf.	Verfassung der Republik Frankreich vom 4. Oktober 1958 (D. 1958. 324; J.O. v. 5. 10. 1958, S. 9151), zuletzt geändert durch Verfassungsgesetz Nr. 93–952 v. 27. Juli 1993
Fs.	Festschrift
FStrG	Bundesfernstraßengesetz i.d.F. der Bekanntmachung v. 19. 4. 1994 (BGBl. I S. 854)
GA	Generalanwalt (beim Europäischen Gerichtshof)
GAJA	Les grands arrêts de la jurisprudence administrative (hrsg. von *M. Long, P. Weil, G. Braibant, P. Delvolvé* und *B. Genevois*, 10. Aufl. 1993)
GDCC	Les grandes décisions du Conseil constitutionnel (hrsg. von *L. Favoreu* und *L. Philip*, 7. Aufl. Paris 1993)
GDF	Gaz de France
GöW	Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft
Gs.	Gedenkschrift
HdbStR	Isensee/Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts [siehe Lit.-Verz.]
HdWW	Handbuch der Wirtschaftswissenschaften
H.n.i.O.	Hervorhebung (nicht) im Original
i.e.	im einzelnen
i.ü.	im übrigen
IFIG	Internationales Forschungs- und Informationszentrum für öffentliche Wirtschaft und Gemeinwirtschaft
KAV	Verordnung über Konzessionsabgaben für Strom und Gas vom 9. 1. 1992 (BGBl. I, S. 12) i.d.F. der VO v. 22. 7. 1999 (BGBl. I Nr. 40)
KommunalVerf.	Gesetz über die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise in der DDR (Kommunalverfassung) vom 17. 5. 1990 (GBl. I S. 255)
KV M-V	Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern
JENRL	Journal of Energy and Natural Resources Law
J.O.	Journal Officiel de la République Française
Ls.	Leitsatz
MBliV	Ministerialblatt für die preußische innere Verwaltung, später des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern

ModernEltG	(franz.) Gesetz zur Modernisierung und Entwicklung des *service public* Elektrizität vom 10.02.2000 (Journal Officiel Nr. 35 vom 11.02.2000)
NationG	*Loi no. 46–628 du 8 avril 1946 sur la nationalisation de l'électricité et du gaz* (Gesetz über die Nationalisierung der Strom- und Gaswirtschaft), J.O. v. 9. April 1946, S. 2951
n.n.v.	noch nicht veröffentlicht
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
o.J.	ohne Angabe des Erscheinungsjahrs
o.Verf.	ohne Angabe des Verfassers
RAP	Revista de Administración Pública
Rdnr(n).	Randnummer(n)
RDCE	Revista de Derecho Comunitario Europeo
RDP	Revue du droit public et de la science politique
Rec.	Recueil des décisions du Conseil d'Etat bzw. Receuil des décisions du Conseil constitutionnel
REDA	Reista Española de Derecho Administrativo
REDP	Revue européenne de droit public
RFAP	Revue française d'administration publique
RFDA	Revue française de droit administratif
RFDC	Revue française de droit constitutionnel
RIDC	Revue internationale de droit comparé
RISA	Revue internationale des sciences administratives
RMC	Revue du Marché commun et de l'Union européenne
S.	Sirey – Receuil de Jurisprudence
SNCF	Société nationale des chemins de fer français
span.Verf.	Verfassung des Königreichs Spanien vom 29.12.1978
STC	Sentencia del Tribunal Constitucional (Entscheidung des span. Verfassungsgerichts)
st.Rspr.	ständige Rechtsprechung
TC	Tribunal Constitucional (span. Verfassungsgericht)
ThürKO	Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung – ThürKO) vom 16.8.1993 (GVBl. 1993, 501) mit spät. Änd.
TKG	Telekommunikationsgesetz vom 25.07.1996 (BGBl. I S. 1120)
Trib.Conf.	Tribunal des conflits
Tz(rn).	Text-/Teilziffer(n)
UAbs.	Unterabsatz
UCPTE	Union pour la Coordination de la Production et du Transport de l'Electricité
u.ö.	und öfter
VDEW	Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke e.V. (Frankfurt a.M.)
VEnergR	Veröffentlichungen des Instituts für Energierecht an der Universität zu Köln
Verf. 1946	Verfassung der [IV.] französischen Republik vom 27. Oktober 1946 (J.O. v. 28.10.1946, S. 9166)
VIK	Verband der industriellen Kraftwirtschaft
VO 17/1962	Durchführungsverordnung Nr. 17 des Rates vom 6.2.1962 zu den Art. 85 und 86 des EWG-Vertrages (ABl. Nr. L 13 vom 21.2.1962, S. 204/62)
WürttZ	Zeitschrift für die freiwillige Gerichtsbarkeit und Gemeindeverwaltung in Württemberg und Jahrbücher der Württembergischen Rechtspflege
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WRV	Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 (Weimarer Reichsverfassung)
ZDR	Zeitschrift für deutsches Recht und deutsche Rechtswissenschaft
ZfK	Zeitschrift für Kommunalwirtschaft

Die Zitierweise nationaler Rechtsnormen und Gerichtsentscheidungen entspricht den Gepflogenheiten des betreffenden Landes, siehe für das franz. Recht *Hübner/Constantinesco*, Einführung in das französische Recht, 5. Aufl. 2000, S. 29f. Übersetzungen von Rechtsvorschriften und sonstigen offiziellen Dokumenten stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Verfasser. Für eine (nicht amtliche) Übersetzung der geltenden Verfassungstexte der EU-Staaten siehe „Die Verfassungen der EG-Mitgliedstaaten" (mit einer Einführung und einem Sachverzeichnis von *A. Kimmel*), Beck-Texte im dtv, Bd. 5554, 4. Aufl., 2000.

„Das Leben Europas beginnt mit jedem Jahrzehnt mehr eine große Einheit zu werden, und jene Verschiedenheit [der europäischen Verwaltungsrechtsordnungen] erscheint nicht mehr als der bloße Unterschied des Geltenden, sondern als die verschiedene Gestaltung des an sich Gleichartigen bei der verschiedenen Individualität der einzelnen Staaten. Sie [die vergleichende Verwaltungs(rechts-)lehre] wird daher zur Wissenschaft, indem sie das Gemeinsame und das Verschiedene auch hier auf die Natur der Kräfte zurückführt, welche beides erzeugen, und in der That ist es diese Wissenschaft, welche die Staatswissenschaft zur Wissenschaft des europäischen Lebens macht. Das ist die Gewalt, mit der sie auch in ihrer unfertigsten Gestalt die Geister an sich zieht, in unserer Zeit mehr als je; sie weiß, daß ihr die Zukunft gehört."

Lorenz von Stein, Handbuch der Verwaltungslehre, 2. Aufl. 1876, S. 84.

Einleitung

Die „öffentliche Versorgung" mit Gütern und Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse sieht sich derzeit verstärkt in den Mittelpunkt ebenso des rechts- wie des wirtschafts- und politikwissenschaftlichen Forschungsinteresses gestellt. Ausschlaggebend hierfür stehen Motive, die in der Geschichte immer wieder zu intensivem Disput im einschlägigem Kontext veranlaßten. Es sind dies zunächst tiefgreifende Veränderungen von Wirtschaft und Technik – früher etwa das Eisenbahn- und Postwesen, heute den Rundfunk- und Telekommunikationssektor nebst Multimediadiensten, den Luftverkehr, aber auch „alternative" Formen der Energie- und neue Konzepte der Entsorgungswirtschaft betreffend. Damit einher gehen Gewichtsverlagerungen gesellschaftspolitischer Art, einst wie jetzt etwa in dem Bedürfnis nach mehr Mobilität und zwischenmenschlicher Interaktion, in Sachen „Verkehr", „Energie" und „Entsorgung" heutzutage auch im gewandelten Verhältnis zur Umwelt zum Ausdruck kommend. Durch solche Entwicklungen zum Teil mitbedingt sind schließlich Prozesse der politischen Emanzipation und der Internationalisierung: früher die Überwindung der Kleinstaaterei und die Herausbildung des großflächigen Nationastaates, neuerdings und nicht zuletzt durch den Zusammenbruch zentraler Plan- und Verwaltungswirtschaftssysteme gefördert: die Öffnung der Grenzen im „globalisierten" Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte.

Umbrucherscheinungen technisch-wirtschaftlicher sowie gesellschafts- und globalpolitischer Art stellen einstmals festgefügte Dogmen zur Disposition. Betroffen sind auf dem Gebiet der „öffentlichen Versorgung" namentlich Überzeugungen, die mit der Vorstellung vom „natürlichen Monopol" im Bereich „netzgebundener" Vesorgungsdienstleistungen oder ganz allgemein mit der

traditionellen Dominanz des Staates auf „monopolisierten" oder „nationalisierten" Wirtschaftssektoren einhergehen. Der Staat stößt angesichts ständig steigender Anforderungen an die öffentliche Versorgung und knapper personeller wie finanzieller Ressourcen an die Grenzen seiner Leistungskraft. Andererseits eröffnen privates *Know-how* und Kapital im Verein mit der Internationalisierung der Märkte alternative Gestaltungsoptionen. An die Stelle von Betrachtungen zum „Marktversagen", welches früher die Monopolwirtschaft unter strikter Staatskuratel rechtfertigte, treten Überlegungen zum „Staatsversagen" und zur Neubestimmung des Verhältnisses von „Staat" und „Markt" bzw. von „Wettbewerb" und „Wettbewerbsbeschränkung" bei der Bereitstellung gemeinwohlgebotener Güter und Dienstleistungen. Staats- und verwaltungswissenschaftlich stehen dahinter Überlegungen zu einem „Rückzug des Staates" oder aber eines unter gewandelten Vorzeichen gebotenen „*Bringing the State back in*". An unterschiedlichsten Rezepturen und praktischen Ansätzen zur Problembewältigung mangelt es nicht – zusammengefaßt werden sie regelmäßig unter den plakativen Reizbegriffen von Liberalisierung und Privatisierung sowie der Deregulierung und der in Grenzen regulierten „gesellschaftlichen Selbstregulierung" im „kooperativen" Staat.

Mit der Umbruchstimmung auf nationaler Ebene in engem Wechselwirkungszusammenhang stehen Recht und Politik der Europäischen Gemeinschaft. Während sich die auf die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes konzentrierten Gemeinschaftsorgane anfänglich ausschließlich mit „privatwirtschaftlich" angebotenen Waren und Dienstleistungen befaßten, ist *sub signo* Binnenmarktkonzept und „*effet utile*"-Rechtsprechung des Gerichtshofs in Luxemburg ein Paradigmenwechsel zu verzeichnen: Europäische Rechtsanwendungs-und Rechtssetzungsinitativen galten und gelten immer mehr denjenigen Wirtschaftssektoren, die – wie Post und Telekommunikation, Eisenbahnverkehr und Energieversorgung – traditionell eine Plattform umfassender und ausschließlicher Einflußnahme durch die Mitgliedstaaten bildeten und so durch das vorherrschende Engagement „öffentlicher Hände" und das Fehlen innerstaatlichen wie grenzüberschreitenden Wettbewerbs gekennzeichnet waren. Vor diesem Hintergrund erweist sich vielerorts gerade die Gemeinschaftspolitik als eigentlicher Motor zur Umsetzung von Marktöffnungsstrategien.

Die federführenden Gemeinschaftsorgane haben sich dem Desiderat der Liberalisierung unterdessen in einer Weise verschrieben, die in den Mitgliedstaaten, wenn dies denn jemals der Fall war, nicht mehr nur mit Wohlgefallen registriert wird. In dem Maße, in dem der staatlichen „Vorherrschaft" auf den betroffenen Wirtschaftssektoren Einschränkungen drohen, werden Stimmen vernehmbarer, die Schutzmechanismen einfordern, um einem „Ausverkauf" nationaler Einflußmöglichkeiten im grenzenlosen Wettbewerb des Binnenmarktes entgegenzuwirken. Hierzulande hat dieser Prozess mit der Debatte um eine Funktionsgarantie für öffentliche „Daseinsvorsorge", namentlich im Hinblick auf den Sonderstatus öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute (Stichworte: „Gewährträgerhaftung"; „Anstaltslast"), der der Europäischen Kommission zur

Prüfung vorliegt, soeben seinen Höhepunkt erreicht.[1] Angesichts der in Frankreich schon vor Jahren losgetretenen und dort wesentlich intensiver geführten Debatte um eine europarechtliche Absicherung von *services publics* wurden bereits „Risse im europäischen Gesellschaftsvertrag" ausgemacht, die sich in Gestalt „revisionistischer Tendenzen" äußern sollen, indem die Mitgliedstaaten dem europäischen Wettbewerbs- und Integrationsdruck unter dem Mantel nationaler Sorge für das Dasein verborgene Souveränitätsinteressen entgegenhalten.[2]

Die vorliegende Untersuchung will in solche Polemik nicht einstimmen. Aus rechtswissenschaftlicher Perspektive soll sie jedoch dort ansetzen, wo die eigentliche Ursache für die zu verzeichnenden neuen Dissonanzen verortet wird: Die ausgeprägte Inkongruenz gesellschafts- und ordnungspoltischer, damit aber auch staats- und (wirtschafts-) verwaltungsrechtlicher Strukturen in den Mitgliedstaaten, auf die sich von europäischer Seite betriebene Marktöffungsprozesse notwendig unterschiedlich auswirken müssen, die ihrerseits aber auch dazu beitragen können, Disharmonien zu verfestigen und Wettbewerbsverzerrungen zu fördern.

Als Dreh- und Angelpunkt der gemeinschaftsrechtlichen Betrachtung erweist sich immer mehr Art. 86 Abs. 2 EGV (= 90 Abs. 2 EGV a.F.), wonach Unternehmen, die mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betraut sind, unter näheren Voraussetzungen von den Vorschriften des Vertrages und insbesondere von den Wettbewerbsregeln ausgenommen werden können. Eine Vorschrift, die lange Zeit einen „Dornröschenschlaf" führte, indes in dem Maße rechtspraktische wie rechtswissenschaftliche Relevanz entfaltete, wie die Gemeinschaftspolitik auf die Bastionen der nationalen Versorgungswirtschaft übergriff. Zusätzlich unterstrichen werden die hiermit aufgeworfenen Rechtsfragen durch die im Vertrag von Amsterdam[3] enthaltende Ergänzung des Primärrechts um den jetzigen Art. 16 EGV. Diese Vorschrift soll die Grundphilosophie des Art. 86 Abs. 2 EGV zu einem Leitprinzip des Gemeinschaftsrechts erheben und bringt das Spannungsverhältnis zwischen mitgliedstaatlicher und europäischer Gemeinwohlkompetenz signifikant zum Ausdruck:

„Unbeschadet der Art. 73, 86 und 87 und in Anbetracht des Stellenwerts, den Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse innerhalb der gemeinsamen Werte der Union einnehmen, sowie ihrer Bedeutung bei der Förderung des sozialen und territorialen Zusammenhalts tragen die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer jeweiligen Befugnisse im Anwendungsbereich dieses Vertrages dafür Sorge, daß die Grundsätze

[1] Vgl. die Berichte „Die Ministerpräsidenten rücken gegen die Europäische Union zusammen" und „‚Dienstleistungen der Daseinsvorsorge' – Rundfunk, Sparkassen und Nahverkehr", in: F.A.Z. Nr. 73 v. 27. 3. 2000, S. 2.

[2] Siehe den Beitrag „Risse im europäischen Gesellschaftsvertrag" von *E.-J. Mestmäcker*, in: FAZ Nr. 230 v. 4. Oktober 1997, S. 15.

[3] Vom 2. 10. 1997 (BGBl. 1998 II S. 386).

und die Bedingungen für das Funktionieren dieser Dienste so gestaltet sind, daß sie ihren Aufgaben nachkommen können."

Die vagen Formulierungen lassen erahnen, welcher „Spreng-", besser „Spaltstoff" sich hinter der Hervorhebung der „jeweiligen Befugnisse" im Hinblick auf Dienstleistungen von allgemeinen wirtschaftlichen Interesse an hervorgehobener Stelle des Primärrechts verbirgt. Die sich abzeichnenden „Zerreißproben" für das institutionelle System der europäischen Föderation[4] scheinen durchaus dazu angetan, an politischer und rechtlicher Brisanz der Diskussion um die Europäische Währungsunion Paroli zu bieten, selbst wenn sich die Problematik (noch) nicht buchstäblich „in Mark und Pfennig" aller Öffentlichkeit erschließt[5]: Es geht schlicht um die Reichweite eines Staats- oder auch Souveränitätsvorbehalts der Mitgliedstaaten sowie hierauf beruhender „Sonderrechte" von Versorgungsunternehmen gegenüber dem Anwendungsvorrang des primären und sekundären Gemeinschaftsrechts und um daraus folgende Konsequenzen für den weiteren Integrationsprozeß insgesamt. Um aber ermessen zu können, wie weit derartige Vorbehalte wirklich reichen können, bedarf es zunächst einmal der Bewußtmachung diesbezüglich bestehender Übereinstimmungen und grundlegender Unterschiede der einzelstaatlichen Ordnungszusammenhänge.

Dies hat sich die vorliegende Studie zum Ziel gesetzt. Ihr Anliegen ist es in erster Linie, durch die – wiederholt geforderte – rechtsvergleichende Betrachtung von Grundstrukturen der öffentlichen Versorgung in ausgewählten Mitgliedstaaten die Transparenz im internationalen Dialog zu fördern und hiermit einen Beitrag zur Bewältigung gemeinschaftsrechtlicher Problemlagen zu leisten. Konzentrieren wird sich die Darstellung auf Dienstleistungen der „öffentlichen Versorgung", ein dem deutschen Rechts- und Sprachverständnis geläufigerer Begriff als der nunmehr einseitig europarechtlich belegte, schillernde Terminus der „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse". Verglichen werden sollen vor allem die einschlägigen rahmenrechtlichen Grundlagen in Frankreich, an dessen *service public*-Begriff sich die zitierten europäischen Bestimmungen ersichtlich anlehnen, sowie die diesbezüglichen Verhältnisse in der Bundesrepublik. Nach vorauszuschickenden definitorischen Eingrenzungen und einer Problemsicht des als Scharnier zwischen europäischer Binnenmarktpolitik und nationalen Steuerungs- resp. Souveränitätsinteressen fungierenden Artikels 86 Abs. 2 EGV werden zunächst die Bedingungen im französischen Recht, welche durch einen Ausblick auf übrigen europäische Rechtsordnungen ergänzt wird, untersucht. Insbesondere das französische Ordnungssystem dient sodann als Kontrastmodell der eingehenderen Befassung mit einschlägi-

[4] *P. Badura*, Das öffentliche Unternehmen im europäischen Binnenmarkt, ZGR 1997, S. 291 (293)

[5] Mit zunehmendem Wettbewerbsdruck speziell auf „öffentliche" Unternehmen und davon ausgehenden beschäftigungspolitischen Konsequenzen dürfte dies indes nur eine Frage der Zeit sein.

gen Grundstrukturen des deutschen Rechts. Der intensiveren Behandlung der Verhältnisse in der Bundesrepublik geht es neben der Klärung hierzulande bestehender Zweifelsfragen auch darum, der bislang vorwiegend vom „romanischen" *service public*-Denken beherrschten Debatte auf der gemeinschaftsrechtlichen Ebene eine allgemeine, d.h. sektorenübergreifende Betrachtung aus deutscher Sicht an die Seite zu stellen und die versorgungswirtschaftsbezogene Rechtslage in Deutschland so für den rechtsvergleichenden und gemeinschaftsrechtlichen Diskurs „kompatibel" aufzubereiten.

Schwerpunktmäßig gilt die Länderbetrachtung jeweils dem möglichen Staatsvorbehalt und diesbezüglich zu beachtenden Grenzen im Hinblick auf die öffentliche Versorgung mit bestimmten, im allgemeinen Interesse liegenden Gütern und Dienstleistungen, woraus dann stets Folgerungen für das Verhältnis von „Staat" und „Markt" auf dem Gebiet der öffentlichen Versorgung zu entwickeln sind.

Für notwendige Exemplifizierungen bietet sich vor allen anderen Versorgungssektoren der Bereich der Elektrizitätswirtschaft an, weil gerade auf diesem Gebiet ausgeprägte Systemdivergenzen zwischen den Mitgliedstaaten auszumachen sind, welche auch die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Ordnungsrahmens bislang nur zögernd voranschreiten ließen. Innerstaatlich bildet die leitungsgebundene Elektrizitätsversorgung zudem ein Beispielsfeld *par excellence* nicht nur für die gesellschaftspolitische Diskussion über die Rollen von Staat und Gesellschaft, sondern immer wieder auch für rechtswissenschaftliche Auseinandersetzungen um das gebotene bzw. zulässige Ausmaß staatlicher Ingerenz und die Rechtsstellung von Versorgungsunternehmen. Mit Recht ist deshalb das Energierecht auch „als Teil eines sich konsolidierenden ‚Rechts der Versorgungswirtschaft'" bezeichnet worden.[6]

[6] Vgl. *P.J. Tettinger*, Buchbesprechung, AöR 116 (1991), S. 277 (278).

Erster Teil

Grundlagen: Öffentliche Versorgung und der gemeinschaftsrechtliche Rahmen

§ 1 „Öffentliche Versorgung" als Kategorie

Der Terminus „öffentliche Versorgung" bedarf einleitender Erläuterungen – und zwar sowohl hinsichtlich der Gründe für seine Verwendung in einer zugleich gemeinschaftsrechtlich wie rechtsvergleichend angelegten Untersuchung, als auch, was seine inhaltliche Eingrenzung und Abgrenzung gegenüber verwandten Begriffskategorien betrifft.

I. Zur Notwendigkeit rechtsordnungsübergreifender Begriffe

Die einleitend angedeuteten, maßgeblich den unterschiedlichen historischen Entwicklungslinien des Wirtschaftsverfassungs- und Wirtschaftsverwaltungsrechts in den Mitgliedstaaten zuzuschreibenden strukturellen Inkongruenzen der nationalen Ordnungssysteme bringen es mit sich, daß schon die Entwicklung einer der weiteren Untersuchung zugrundezulegenden systemübergreifenden Terminologie Probleme bereitet. Geht es darum, von einer objektivierten Warte aus die Grundstrukturen der mitgliedstaatlichen Ordnungssysteme einander gegenüberzustellen, kann insbesondere nicht an existierende rechtsbegriffliche Kategorien in einzelnen Mitgliedstaaten (*service public; servicio público; public utilities; Daseinsvorsorge)* angeknüpft werden. Diese sind in der Regel mit ganz spezifischem Inhalt belegt, der in der jeweils anderen Rechtsordnung oftmals keine, jedenfalls keine deckungsgleiche Entsprechung findet. Schon die Gegenüberstellung des französischen „*service public*" oder des spanischen „*servicio público*" mit dem deutschen „öffentlichen Dienst" oder der „öffentlichen Dienstleistung" verdeutlicht dies: Obwohl es sich insoweit um wortgetreue Übersetzungen handelt, verbergen sich dahinter grundlegend unterschiedliche, wenn nicht gegensätzliche Konzeptionen: Dem deutschen öffentlichen Dienst entsprechen im romanischen Rechtsraum eher die Kategorien der *fonction publique* oder *función pública*. Die öffentliche Dienstleistung ist auf deutscher Sei-

te über ihre deskriptive Bedeutung hinaus überhaupt nicht mit einem konkreten juristischen Sinngehalt belegt[1], während der französische Gegenbegriff – *service public* - traditionell einen zentralen, mithin auch dezidiert rechtsfolgenbehafteten Eckpfeiler des Staats- und Verwaltungsrechts in Frankreich und von dort ausgehend eigentlich des gesamten romanischen Sprachraums bildet. „Der Begriff [des *service public*] läßt sich", wie schon *E. Forsthoff* erkannte, „nicht im Wege einer bloßen Übersetzung in das wesentlich anders geartete deutsche Verwaltungsrecht verpflanzen"[2].

Begriffliche Inkongruenzen kennzeichnen vor allem den Bereich des Staats- und Verwaltungsrechts und damit auch das gesamte öffentliche Wirtschaftsrecht der EU-Staaten. Auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts sind schon infolge gemeinsamer Ursprünge, welche die europäischen Zivilrechtsordnungen im römischen Recht finden, häufig identische, freilich im Laufe der Jahrhunderte national oder regional eingefärbte Rechtsinstitute auszumachen. Demgegenüber ist das mit den Konstruktions- und Funktionselementen des Staates befaßte öffentliche Recht mehr als in den anderen Rechtsgebieten von außerrechtlichen Faktoren bestimmt, welche in historischen Traditionen, im politischen Stil, aber auch in unterschiedlichen Ideologien und Mentalitäten begründet sind[3]. Dementsprechend sind auch öffentlich-rechtliche Begriffe in höherem Maße als z.B. jene des Privatrechts von nationalen Grundüberzeugungen und Wertvorstellungen der „unterschiedlichen Verwaltungsrechts*kulturen*"[4] geprägt. Ihr wirklicher Gehalt ist zumeist erst zu ermessen, wenn die politischen Einflüsse, die gesellschaftlichen Kräfte, die Effektivität der Verfassung usw. mitberücksichtigt werden.[5] Gerade das Verwaltungsrecht ist denn auch – angesichts des Einflusses des französischen Verwaltungsrechts auf die deutsche Rechtsentwicklung – zu denjenigen Rechtsmaterien gezählt worden, „in denen die nationale Eigenart eines Volkes und Staates sich am stärksten ausprägt"[6]. *J. Schwarze* verweist zusätzlich auf die unterschiedliche Entstehung und Qualität der Rechtsbegriffe in den einzelnen Rechtsordnungen: Insbesondere das öffentliche Recht setze sich traditionell aus einer Gemengelage aus geschriebenem und ungeschriebenem (Richter-) Recht zusammen und sei darüber hinaus durch eine Vielzahl unbestimmter und entsprechend ausfüllungsbedürftiger Rechts-

---

[1] Siehe nur *H.P. Bull*, Privatisierung öffentlicher Aufgaben, VerwArch. 86 (1995), S. 621ff.; S. 624f., hinsichtlich „öffentlicher Dienstleistungen, insbesondere die der Kommunen" als möglichem Gegenstand von Privatisierungen.

[2] Lehrbuch des Verwaltungsrechts, Allg. Teil, 2. Aufl. 1951, S. 279.

[3] Vgl. *J. Schwarze*, Europäisches Verwaltungsrecht, Bd. I, 1988, S. 83.

[4] Siehe nur die Diskussionsbeiträge zum Thema „Rechtliche Optimierungsgebote oder Rahmensetzungen für das Verwaltungshandeln?" von *H. Schulze-Fielitz*, VVDStRL 58 (1999), S. 238 (Zitat – H.n.i.O.), *Ch. Starck*, ebda., S. 234, und *E. Riedel*, Diskussionsbeitrag, ebda., S. 270 (273f.).

[5] Ebda., sowie *H.J. Kaiser*, Vergleichung im öffentlichen Recht, Einleitung, ZaöRV 24 (1964), S. 391 (401f.).

[6] Vgl. *U. Scheuner*, Der Einfluß des französischen Verwaltungsrechts auf die deutsche Rechtsentwicklung, DÖV 1963, S. 714.

begriffe gekennzeichnet.[7] Und den Blick allgemein auf den Prozeß der europäischen Integration gerichtet, bezeichnet *G.F. Schuppert* die „kanalisierende und verengende Wirkung einer Begrifflichkeit", die an der nationalstaatlichen Rechtsordnung orientiert und deswegen zur Erfassung der Eigenart einer supranationalen Organisation möglicherweise nicht angemessen sei, als „Grundproblem der begrifflichen Erfassung der Staatswerdung Europas"[8]. Schließlich unterstreicht die EG-Kommission speziell im Zusammenhang mit der hier in den Blick genommenen Thematik „gemeinwohlorientierter Leistungen" einerseits die in den Mitgliedstaaten auszumachenden „gemeinsamen Werte" und „Bedürfnisse", andererseits die „je nach Land, Region, ja sogar je nach Bereich sehr vielfältig ausgestalteten gemeinwohlorientierten Leistungen". Ähnliche Aufgaben würden „in unterschiedlichen Situationen – geprägt durch geographische und technische Zwänge, politische und administrative Organisation, Geschichte und Tradition – wahrgenommen". Dies führe zu „einer gewissen Begriffsverwirrung"[9]. Wenn an gleicher Stelle jedoch „Leistungen der Daseinsvorsorge (oder gemeinwohlorientierte Leistungen)" in einem speziellen Sinne interpretiert und als „marktbezogene oder nicht marktbezogene Tätigkeiten, die im Interesse der Allgemeinheit erbracht und daher von den Behörden mit spezifischen Gemeinwohlverpflichtungen verknüpft werden", definiert werden[10], so zeigt sich, weil diese - trägerneutrale – Definition die nach verbreitetem deutschen Verständnis beherzigte Interpretation von Daseinsvorsorge als Leistung der öffentlichen *Verwaltung*[11] „überspielt", doch gerade hierin bzw. in der offensichtlich anvisierten Gleichstellung von deutscher Daseinsvorsorge und französischem „*service public*" und bei allem guten Willen nach begrifflicher Vereinheitlichung das ganze Dilemma, wenn es darum geht, Fragen des Gemeinschaftsrechts unter Rückgriff auf mitgliedstaatliche Fachtermini zu bewältigen.[12]

Der von *J. Schwarze* ausgegebenen Devise, sich der Methode einer „funktionalen" Rechtsvergleichung zu bedienen, ist insofern nur beizupflichten: Zunächst hat „die Formulierung des Sachproblems möglichst frei von den Systembegriffen der eigenen Rechtsordnung" zu erfolgen. Nur so ist es möglich, die in fremden Verwaltungsrechtsordnungen vorhandenen, dogmatisch aber anders gearteten Regelungskonzeptionen „als funktional gleichwertige Lösungen zu

---

[7] AaO., S. 84.

[8] Vgl. nur *G.F. Schuppert*, Zur Staatswerdung Europas, in: Staatswissenschaft und Staatspraxis, 1994, S. 35 (54); ähnlich *E.J. Mestmäcker*, Daseinsvorsorge und Universaldienst im europäischen Kontext – Ein Beitrag zur Funktion von Art. 90 Abs. 2 EGV, in: Fs. f. H.F. Zacher, 1998, S. 635 (636).

[9] Mitteilung „Leistungen der Daseinsvorsorge in Europa" (91/C 281 /03), ABl. EG Nr. C 281 v. 26. 9. 1996, S. 3 (4).

[10] Ebda., S. 3.

[11] Siehe nur *E. Forsthoff*, Lehrbuch des Verwaltungsrechts I, 10. Aufl. 1973, S. 370; näher unten § 13.

[12] Nochmals: *E.-J. Mestmäcker*, aaO., S. 635f.

erkennen (sog. negative Seite des Funktionalitätsprinzips)"[13]. Gefordert ist also ein das „Sachproblem" hinreichend umreißender, möglichst wertneutraler, d.h. von einseitigen Festlegungen in den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten unbelasteter, gleichsam „synthetischer" Arbeitsbegriff.

II. Begriffliche Eingrenzung

Als Leitbegriff soll der weiteren Untersuchung der nunmehr näher zu erschließende Terminus *öffentliche Versorgung* zugrunde gelegt werden.

1. Semantik

Eine isolierte Betrachtung ausschließlich des Begriffs „Versorgung" führt leicht auf die falsche Spur: Hiermit wurden im Laufe der Zeit unterschiedlichste, zudem recht abstrakte Lebenssachverhalte in Verbindung gebracht. Deutungen im Sinne von „Verwalten" und „Aufsichthaben über"[14], von Fürsorge bzw. Schutz[15] und vor allem von der „Sorge" für den persönlichen „Unterhalt"[16] oder denjenigen Dritter – nicht zuletzt im Wege der Verheiratung[17] – dominieren.[18] Das Substantiv „Versorgung" betrifft heutigem Sprachverständnis zufolge in erster Linie „ein System sozialer Existenzsicherung bestimmter Gruppen od. der gesamten Gesellschaft mit Rechtsanspruch auf bestimmte Leistungen, denen keine Verpflichtungen der V.s-berechtigten in Form v. Beiträgen

---

[13] *J. Schwarze*, aaO., S. 80; siehe zum Funktionalitätsprinzip in der Rechtsvergleichung auch *Zweigert/Kötz*, Einführung in die Rechtsvergleichung auf dem Gebiete des Privatrechts, Bd. I: Grundlagen, 2. Aufl. 1984, S. 16. Dem folgend auch *J.-P. Schneider*, Liberalisierung der Marktwirtschaft durch regulative Marktorganisation, 1999, S. 44ff.

[14] Vgl. Stichwort „versorgen" in: Frübners Deutsches Wörterbuch (hrsg. v. *W. Milzka*), Bd. 7, 1956, S. 589 – mit Hinweisen auf frühe Redewendungen wie „die Küche, den Keller versorgen", „den Haushalt und Garten versorgen". Zu frühen Verwendungen des Begriffs siehe auch *J. u. W. Grimm*, Deutsches Wörterbuch, Bd. 25 (faksim. Nachdr. d. Erstausg. 1856), 1984, S. 1359f.

[15] Vgl. *J. u. W. Grimm*, aaO.: „den markt vor prannde versorgen *deutsche städtechron.* 2, 221 *anm.*; die will woltent sü die stat versorgen 8, 122, 21; er wolte das rich versorgen und fürsehen 9, 574, 9".

[16] Vgl. *Frübners Deutsches Wörterbuch*, aaO.: „Ich hab kisten und Keller vol, versichert und versorgt auffs best"; „Die Quelle des Hauptfleckens Glarus versorgt mit ihrem Wasser auch die öffentlichen Brunnen des Ortes". Siehe auch den Hinw. von *J.u.W. Grimm*, aaO., auf die frühe Verwendung bei „LUTHER 29, 503 *weim. ausg.*: ‚das er von got versorgung sol haben, essen, trinken und kleidung'".

[17] Siehe den Hinweis in *Frübners Deutsches Wörterbuch*, aaO.: „... jemanden versorgen, indem man ihm eine Heirat, eine Anstellung oder sonst einen Erwerb verschafft: ‚Es was ein reicher man, der hat drei döchteren, die versorgt er in die ee'".

[18] Für das heutige Sprachverständnis sind im *Duden* (Das Große Wörterbuch der deutschen Sprache, Bd. 6, 1981, S. 2776) u.a. folgende Bedeutungsvarianten aufgeführt: *„jmdm. etw., was er [dringend] braucht, woran es ihm fehlt, geben, zukommen lassen"* (u.a.: „eine Stadt mit Strom, Gas v."); *„für jmds. Unterhalt sorgen; ernähren"*; *„jmdm. den Haushalt führen"*; *„einem Kranken, einem Verletzten die erforderliche Behandlung zuteil werden lassen"*.

Sachregister

Die nachfolgenden Hinweise berücksichtigen aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht etwaige zustätzliche Fundstellen in den Fußnoten

Abfallentsorgung
- Aufgabenabschichtung 349, 668, 706
- Entsorgungsmonopole 349
- „funktionale" Zuordnung „privater" Abfallentsorgung 443ff., 448, 454
- Übertragung auf öff.-rechtl. Entsorgungskörperschaften 502

Abgabenverwaltung
- Heranziehung Privater 452, 454f.

Alleinabnehmer 37f., 181f., 186f., 606, 609f., 727f.
Allgemeine Versorgungsbedingungen 615
Allgemeininteresse, s. öffentliches Interesse
Allgemeinzugänglichkeit 14, 16
Almelo-Rechtsprechung 59, 88, 102
Amtshaftung (*responsabilité*) 134
Anschluß- und Benutzungszwang 82, 495, 521, 525f., 697ff.
Anschluß- und Versorgungspflicht 614
Anstalt, s.a. *établissement public* 407, 424f., 652f.
Anstaltslast 71
Anstaltszweck 264
Antitrust-Politik 71
Appropriationsbedürfnis 356
Arbeitsvermittlungsmonopol 55, 73, 327, 500f.
Auffangverantwortung 347f., 358
Aufgabenabschichtung / -verteilung s. Staatsaufgaben
Aufgabenmonopol, s.a. Verwaltungs-, Dienstleistungsmonopol
- in Deutschland 328, 410, 468, 495f., 497ff., 500ff., 530f., 597
- - kommunales 696ff.
- in Frankreich 154, 208, 228f.
- in Spanien 270

Aufgabenprivatisierung s. Privatisierung
Aufgabentheorie 428, 440
Aufgabenverstaatlichung, -publifizierung s. Aufgabenmonopol
Aufgabenzugriffsrecht (i.R.d. Art. 28 II GG) 494
Ausnahmebewilligung 461f.
Autonome Gemeinschaften 271
Autorité de la Régulation des Télécommunications 168

Bac d'Eloka 135
Beihilfen 71f., 74
Beleihung 85, 161, 286, 328, 382, 404, 428, 438ff., 596ff.
- mit privatrechtsförmigen Agenden 440ff.
- von Netzbetreibern, s.a. dort 629

Bereichsausnahmen
- im EG-Vertrag, s.a. Staatsvorbehalt 44, 46, 57, 65
- im deutschen (Energie-) Kartellrecht 571f.

Berufsbeamtentum 488
Berufsfreiheit (Art. 12 I GG), s.a. Handels- und Gewerbefreiheit, Unternehmensfreiheit 497ff.
- „faktische" Eingriffe 514ff.
- und Verwaltungsmonopole 500ff.
- und Zulassungs- sowie Kontingentierungsvorbehalte 507ff.
- und konkurrenzwirtschaftliche Betätigung der öffentl. Hand 511ff.
- verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs 516ff.

Bestellerprinzip 544
Beteiligungsverwaltung 466, 545, 555, 604, 673f.
Betrauung 83ff., 154, 159, 746f.
Beweislastverteilung (Art. 86 II EGV) 89ff.
Bildungswesen 207, 208
Binnenmarktrichtlinie Gas 33

Binnenmarktrichtlinie Elektrizität 35ff., 38f., 60, 93, 103f.
Braunkohleschutzklausel 616
Bundesstaatlichkeit 667ff.
– und Gleichheitssatz 676
Bundestarifordnung Elektrizität 615

cahiers des charges (s.a. Konzession in Frankr.) 159f., 163, 176, 409
Cassis de Dijon-Formel 65, 67, 75, 81
Charta der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse 97f., 753f.
cohésion sociale, s. sozialer Zusammenhalt
Commission de régulation de l'électricité (CRE) 188f.
Common carrier s. Pool-Modell
Conseil constitutionnel 201f.
Conseil d'Etat 202
Conseil économique et social 195
contrat de plan / contrat de programme 157f., 177, 254
contrat social 117f., 397
Corbeau-Rechtsprechung 82, 87, 102

Daseinsvorsorge 9, 18f., 353ff.
– als „Allerweltsbegriff" 360
– als Legitimation für den staatlichen Aufgabenzugriff 400
– als Unterkategorie der öffentlichen Versorgung 400
– als (exklusive) Staats- und Verwaltungsaufgabe? 359, 363f.
– Definition (*E. Forsthoff*) 362
– „Dezentralisierung" (Privatisierung) 367, 394, 395f.
– Entwicklung des Konzepts 355ff.
– in der Gesetzessprache 388ff.
– kommunale 98, 383, 384f., 683f.
– „Leistungen der Daseinsvorsorge in Europa", s. dort
– rechtsnormative Wirkungen ? 358ff.
– – Teilhabeanspruch 360ff., 376, 431, 485
– – kompetenzrechtliche Folgen 365ff., 368f., 382ff., 518
– – Verwaltungsprivatrecht 370ff.
– – Wandel zum Rechtsbegriff? 379ff.
– und Daseinssicherung 358, 366
– und Daseinsverantwortung 356f.
– und Energiewirtschaft (s. dort)
– und Grundrechte 356f., 360f., 362
– und öffentliches Recht 380ff.
– und Marktwirtschaft 475
– und Rechtsprechung 384ff.
– und *service public* 9, 354f., 363, 365, 382, 395ff., 739
– und Sozialstaatsprinzip 483f., 485, 487, 593
– und staatl.-gesellsch. Verantwortungsabschichtung 358, 366f.
– und Wettbewerb 390ff., 398f., 532f.
Dassonville-Formel 65
Déclarations des droits de l'homme et du citoyen 116, 195, 217
Demarkationsvertrag 570
Deregulierung 17, 26ff., 39, 299
Dezentralisierung 248ff., 251ff.
Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Art. 16 EGV) 96ff., 99f., 748
Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Art. 86 II EGV) 24f., 79ff., 746ff.
– Charta der 97f., 735f.
– „Definitionshoheit" der Mitgliedstaaten 80f.
– im italienischen Recht 278f.
– und *service public* 80, 96ff., 748f.
– Vertretbarkeitskontrolle durch den EuGH 81f.
Dienstleistungsfreiheit 63ff.
Dienstleistungsmonopole, s.a. Aufgaben-, Verwaltungsmonopol 67f., 73, 102, 165, 228f.
domaine public, s. öffentliches Eigentum
Dritter Sektor 351
Duales System Deutschland GmbH 298
due process 296
Duguit 115ff., 127, 215, 289

Ecole du service public / de Bordeaux, s. *service public*
Eigengesellschaft 605
Eigentumsschutz
– in Deutschland 520f.
– in Frankreich 231ff.
Einrichtung
– öffentliche (s.a. Infrastrukturnetze) 525f.
– – kommunale 699ff.
– – und „wirtschaftliche" Betätigung 705ff.
– wesentliche 60, 66, 528, 648
Einstandsverantwortung, residuale 347
Eisenbahnkonzession 320, 408, 420f., 433
Eisenbahnregal 539
Eisenbahnwesen
– in Deutschland 319f., 327, 350, 388f., 537ff.

– – Bahnstrukturreform 541ff.
– – Eisenbahnunternehmen 544ff.
– – Gewährleistungsaufgaben 546ff.
– – öffentliche Eisenbahnen 545f.
– – Rechtslage bis zur Reform 540f.
– – Trennungsprinzip 542f.
– – Ursprünge 537ff.
– in Frankreich 168ff.
Electricité de France 156f., 171ff., 176ff., 262f., 264ff.
Elektrizitätswirtschaft, s.a. Energiewirtschaft
– als Referenzgebiet 30f., 110
– in Deutschland 566ff.
– – Aufgabenverteilungskriterien im Verfassungsrecht 591ff.
– – bisherige Rechtslage 567ff.
– – geschlossene Versorgungsgebiete 58, 570ff.
– – Entwicklungsgeschichte 573ff.
– – Regulierung und Selbstregulierung 611ff.
– – Reform 585ff.
– – Stromstreit und -kompromiß 587
– in Frankreich 170ff.
– – bisheriger Stand 171ff.
– – Reform 181ff.
– – Marktöffnungsquote u. Möglichkeit des Stromhandels 187f.
– – verhandelter Netzzugang 188f.
– – Regulierung 188f.
– – Stromerzeugung 173, 184f.
– – Stromtransport und Verteilung 175, 185f.
– in Spanien 276
– kommunale, s. Gebietskörperschaften
– und kommunales Wegeeigentum. s.a. Straßen- u. Wegerecht 575f., 720ff.
– physikalisch-technische Besonderheiten 31, 63, 571
empresas públicas 20
empresi publicci 20
Energieeinsparung 587, 670
Energiekartellrecht 571f., 583ff., 606
Energiepolitik, s.a. erneuerbare Energien
– der Bundesländer 669ff., 674ff.
– europäische 31ff., 44
– in Frankreich 177ff.
– Kernenergie 180, 578, 589
– Planung 184f., 587f., 611, 634
Energieversorgungsunternehmen (s.a. Netzbetreiber)
– als Beliehene oder Verwaltungshelfer? 382, 396ff.
– Anwendbarkeit des EG-Vertrages 44f.
– Anwendbarkeit des EG Kartellrechts auf öffentliche EVU 58
– „Betrauung" i.S.d. Art. 86 II EGV 85
– „gemischt-wirtschaftliche" 604f.
– Grundrechtsberechtigung s. dort
– Indienstnahme 614ff.
– Stellung „öffentlicher" EVU 603ff.
Energiewirtschaft (s.a. Elektrizitätswirtschaft)
– Aufsicht 582f., 673
– Nationalisierung 172ff.
– Reformbedarf 32ff.
– und Daseinsvorsorge (s.a. dort) 361, 368, 380, 382, 572
– Regulierung im Bundesstaat 669f.
Energiewirtschaftsgesetz (s.a. Elektrizitätswirtschaft)
– von 1935 581ff.
– von 1998 594ff.
– – Aufgabendifferenzierung 594ff.
– – Umweltschutz, s.a. erneuerbare Energien 594f., 616f.
Enteignung (insbes. zugunsten Privater) 205, 410, 599ff., 627f., 630f., 637ff.
entreprises publiques 20, 153, 156f.
Erfüllungsverantwortung 208, 346f., 367, 446, 451, 486, 593
Erlaubnis 423f., 434
Erlaubnisvorbehalt 460f., 462
erneuerbare Energien, s.a. Stromeinspeisung 185, 616f., 623, 670, 719, 728, 614ff.
essential facility s. Einrichtung, wesentliche
établissement public (s.a. Anstalt) 129, 134, 138, 153, 156
– *à caractère industriel et commercial* 156f.
– Grundrechtsberechtigung, s. dort
– Spezialitätsprinzip 264ff.
Europäische Grundrechte-Charta 744, 754
Europäischer Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft (CEEP) 96f., 753f.

Fernmeldemonopol 501, 551
Fernwärme 698, 715
Finanzierungs-/Förderungsverantwortung 347
Fiskus, fiskalisches Staatshandeln 51, 116, 126, 362f., 370ff., 376ff., 422, 492f.
Fiskustheorien 374, 465
Flucht in das Privatrecht, s.a. Formenwahlfreiheit 138, 370
Flughäfen 23

Flugüberwachung 56
Formenwahlfreiheit, s.a. Flucht ins Privatrecht 313
Forsthoff, Ernst 8, 18, 355ff.
Funktionsvorbehalt (Art. 33 IV GG) 487f.

Gebietskörperschaften, kommunale bzw. „territoriale" (Frkr.), s.a. Selbstverwaltungsgarantie
- und Abfallentsorgung 443ff.
- und Elektrizitätsversorgung
- - in Deutschland 569, 676ff., 714ff.
- - in Frankreich 172ff., 185f., 261ff.
- und öffentliche Versorgung 13
- - in Deutschland 694ff.
- - in Frankreich 247ff., 258ff.
- - in Italien 278f.
- - in Spanien 277
- Wirtschaftshandeln s. dort

Gebietsmonopole 579
Gebietsreform 254
gebundene Berufe 456
Gemeindewirtschaft s. Wirtschaftshandeln der öff. Hand
Gemeineigentum, s.a. Sozialisierung 20
Gemeingebrauch, s.a. Straßen- und Wegerecht 418f.
Gemeinschaftsinteresse (i.s.d. Art. 86 II 2 EGV) 88ff.
Gemeinschaftsrecht 41ff., 742ff.
- Individualrechtsschutz 344
- primäres 41ff., 753f.
- sekundäres 91ff., 751ff.

Gemeinwirtschaft 19
gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen 39
Gemeinwohl, s.a. öffentlicher Zweck, öffentliches Interesse 293ff.
- gesellschaftliche u. staatliche Gemeinwohllegitimation 299, 310, 320, 338, 375
- Gemeinwohlkonkretisierung als Staatsaufgabe 296, 300
- Indikatoren und Verfahren zur Konkretisierung 294ff., 300, 483
- Unbeständigkeit und Wandelbarkeit 296

Gemeinwohlaufgaben, s. öffentliche Aufgabe
Gemeinwohlverantwortung
- arbeitsteilige / kooperative (s.a. Staatsaufgaben) 297f., 300f., 328ff.
- - Risiken 351f.
- Mischformen („Kondominium") 310, 341ff.
- Verantwortungsdifferenzierung 344ff.

gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht 480, 482
Gesetzesvorbehalt 197ff., 271f., 280, 489ff., 650f.
- als gemeineuropäischer Verfassungsgrundsatz 491
- Totalvorbehalt 494

Gesetzgebungszuständigkeiten 667ff.
gestion déléguée (du service public), s.a. Konzession 138, 141, 158ff.
Gesundheitswesen 15, 207, 309
- Aufgabenabschichtung 349f., 385f., 696f.

Gewährleistungsverantwortung, s.a. Infrastrukturverantwortung 151, 207ff., 319, 347, 367, 486f., 593, 645ff., 695, 718f.
Gewährträgerhaftung 71
Gewalt
- öffentliche, s.a. Hoheitshandeln 422
- vollziehende (i.S.v. Art. 1 III GG) 373ff.

Gewaltenteilung 196ff.
Gewaltmonopol 207, 299f., 321f., 340
Gewerbebetrieb
- eingerichteter und ausgeübter 520

Gleichheit (*égalité*), s. *service public* (Prinzipien)
Gleichheitssatz
- in Deutschland 371f., 523ff.
- in Frankreich 224, 235ff.

Gleichpreisigkeit (*péréquation tarifaire*) 176, 187, 189
Globalisierung 26
Großbritannien 107f., 279ff.
Grundfreiheiten 63ff.
Grundrechte, s.a. *libertés publiques*
- als Abwehrrechte 344
- Fiskalgeltung 370ff., 372
- und Netzbetreiber s. dort
- und Verwaltungsprivatrecht

Grundrechtsberechtigung „öffentlicher" Unternehmen 224f., 305f., 311, 386f., 465, 626f.
Grundrechtseingriff s. Berufsfreiheit
Grundrechtsverpflichtung 223, 373ff., 402f., 465f.
Grundversorgung 15, 25, 486, 554

Hafendienste 58
Handels- und Gewerbefreiheit, s.a. Berufsfreiheit, Unternehmensfreiheit 225f., 229ff., 521f.
Handelsmonopol 45, 64, 66ff.
Handlungsfreiheit 521f.

Hauriou, Maurice 121, 132
Haushaltsrecht 525ff.
Hoheitshandeln, s.a. *puissance publique*
- Abgrenzung zum Wirtschaftshandeln der öff. Hand s. dort
- Hoheitsbefugnisse 54, 326, 436, 496
- Hoheitskompetenzen 327
- „schlichte" Hoheitsverwaltung 362, 374, 439

Indienstnahme 367f., 404, 451ff., 598, 601, 614ff.
- dogmatische Ursprünge 452ff.
- Gesetzesvorbehalt 456f.
- grundrechtliche Fragen 456ff.
- Wandlungen 453ff.

Indienststellung, s.a. Indienstnahme 456
Infrastruktur 21ff.
- Internationalisierung 29
- soziale 483

Infrastrukturnetze 16f., 168ff., 625ff.
- als öffentliche Einrichtung o. Sache 649ff.
- Privatisierung von Versorgungsnetzen 213ff.
- „primäre" Netze 630f.
- Rechtsstellung der Netzbetreiber 36, 414ff., 625ff.
- „sekundäre" Netze 631ff., 655ff.
- Trennung zwischen Netz und Diensten 630
- transeuropäische 16f., 23, 44, 647, 168ff., 625ff.

Infrastrukturverantwortung, s.a. Gewährleistungsverwantwortung
- spezifisches Verständnis bei *G. Hermes* 629ff.
- Vorgaben im Verfassungsrecht 482ff.

Infrastrukturvorbehalte, s. Staatsvorbehalte
Inpflichtnahme, s.a. Indienstnahme 455f.
Interessenbekundungsverfahren 527
Internet 29
Investitionskontrolle 163, 184f., 582, 674f.
Italien 278ff.

Kabelfernsehen 15
Kirchen 403
Kohlepfennig 587
Kollektivgut 22
Kommission
- Befugnisse im Rahmen von Art. 86 II und III EGV 90f., 749f.
- und „Leistungen der Daseinsvorsorge", s. dort

Konkurrenzschutz s. Berufsfreiheit u. Wirtschaftshandeln der öff. Hand
Konkurrenzwirtschaft, s.a. Wirtschaftshandeln der öff. Hand 437, 492ff.
Kontingentierungsvorbehalt 507ff.
Kontrahierungszwang 82, 163
Kontrolldichte
- beim Europäischen Gerichtshof 91, 749
- beim Bundesverfassungsgericht 505, 509f., 524f., 685f.
- beim Bundesverwaltungsgericht 505f.
- beim Conseil constitutionnel 201f., 227f., 232ff., 239
- beim Conseil d'Etat 203

Konzession 84f.
- „echte", s.a. Verleihung 422, 460
- in Deutschland 319f., 328, 367f., 395f., 428ff., 458ff., 495f., 602f.
- in Frankreich 129, 134, 158ff.
- in Großbritannien 281
- in Spanien 270
- Rechtsvergleich 467ff.
- Wegekonzession, s.a. Konzessionsvertrag 417, 430, 659ff., 722ff.
- Wirtschaftskonzession 661ff.

Konzessionierungsvorbehalt, s.a. Zulassungsvorbehalt 498, 507ff., 521
Konzessionsabgaben 462, 571, 582f.
Konzessionsvertrag 420, 570f., 601, 606, 655ff., 721
Kooperationsformen 404f.
Kooperationsprinzip, s. Gemeinwohlverantwortung u. Staatsaufgabe
Korsika 224, 249
Kraft-Wärme-Kopplung, s.a. erneuerbare Energien 185, 578, 587, 616
Krankenhausversorgung, s. Gesundheitswesen
Krankentransport s. Rettungsdienst
Kreditinstitute
- öffentlich-rechtliche 71, 103f., 305, 387, 391, 621
- Umtauschverpflichtung 452, 454f.

Landesverfassungen 290, 567, 678, 689
Lastenhefte, s. *cahiers des charges*
Least Cost Planning, s.a. Energieeinsparung 615
Lebensmittelversorgung 154, 230, 350, 735
Lehre vom modifizierten Privateigentum 418, 655ff.
Leistungen der Daseinsvorsorge in Europa (Kommissionsmitteilung) 9, 79, 97, 101, 354f., 398f.

Leistungsverwaltung (s.a. Daseinsvorsorge) 19, 146, 149ff., 358f., 362
Leitungsgebundenheit, s. Netzgebundenheit
Liberalisierung 27
libertés publiques, s.a. Grundrechte 215ff.
- Drittwirkung 223
- Geltungsgrundlagen 217ff.
- objektive (Schutz-) Gehalte 222ff., 292, 344
- Normativität 221ff.
- Gesetzes- bzw. Regelungsvorbehalt 223
Lizenzierung 560f., 566
Lois de Rolland (s.a. *service public,* – Prinzipen) 130, 163
Loyalitätsgebot 63, 70
Luftverkehr 46, 523, 548f.

maîtrise (s.a. *service public,* Aufgabenträger) 153ff., 159, 410, 468, 469
Marktversagen, allokatives 55
Marktwirtschaft 475
- offene 42f.
- soziale 474
Mayer, Otto 286, 406ff.
Meinungs- und Informationsfreiheit 205, 273f.
Menschenwürde 486
merit order 34
meritorisches Gut 22
Mineralölwirtschaft
- Campus Oil (EuGH) 65
- Mineralölbevorratung (BVerfG) 306, 318, 350, 452f., 455
Mischkalkulation 88
Mitgliedstaaten
- Einschätzungsprärogative im Rahmen des Art. 86 II EGV 78, 102f.
- positive Verhaltenspflichten hinsichtlich „öffentlicher" Unternehmen 69
- primärrechtliche Bindungen 63ff.
- und EG-Kartellrecht 68ff.
- Umsetzung von europ. Sekundärrecht 92
Monopol, s.a. Aufgaben-, Dienstleistungs-, Handels- u. Verwaltungsmonopol
- natürliches/faktisches 17, 27, 36, 146f., 168, 172, 209ff., 260f., 462
- staatliches 73
Monopolmißbrauch 62, 69
Monopolunternehmen 28
Monopolwirtschaft 50
Multimedia 15

Nationalisierung (*Grandes nationalisations*) 134, 164, 202, 227
- der franz. Energiewirtschaft s. dort
Nationalisierungsgebot (franz. Verfassungspräambel von 1946) 196, 209ff., 228
Nationalsozialismus 356f.
Naturrecht 288
Negativattest 61
Netze s. Infrastrukturnetze
Netzgebundenheit 16, 27, 625ff.
Netzintegrität
- und EG-Grundfreiheiten 66
Netzzugang 27, 33, 35, 37, 59f., 181, 186f., 546, 563
- geregelter 186f.
- eigentumsrechtlich vermittelte Pflicht zur Netzöffnung 633ff., 641ff.
- verhandelter 35, 37, 188, 606, 608f.
Netzzugangsalternative 609f.
Neues Steuerungsmodell 26
New public management 26
Next step agencies 281
Niederlassungsfreiheit 63
Normenkontrolle 201f.
Notfallrettung s. Rettungsdienst

öffentlich (Begriff) 11, 303
öffentliche Anstalt s. Anstalt
öffentliche Aufgabe, s.a. Gemeinwohl, -verantwortung 55, 302ff.
- als Legitimationsvoraussetzung staatl. Handelns 308
- Delegation 435
- in der Gesetzessprache 308f.
- in der Rechtsprechung 304ff.
- konkurrierende Erfüllung 405, 485
- „legitime" 304
- und Grundrechte 308, 309f.
- und Enteignung 305
- und Liberalisierung bzw. Privatisierung 307
- und Metaphysik 310
- und öffentliches Recht 311
- und *service public* 55, 148
öffentliche Hand 49
- Gewerbefreiheit 375
öffentliche Sache (s.a. öffentliches Eigentum) 407f., 414ff., 654
öffentliche Unternehmung 407f., 412ff., 468
öffentliche Versorgung
- Abgrenzung ggü. verwandten Begriffen 18ff.
- Aufgaben- bzw. Verantwortungsabschichtung 166ff.
- als normativ vorgeprägte Kategorie 11ff.

- als Querschnittsmaterie 26
- als untersuchungsleitende Kategorie 10ff.
- Begriff 10ff.
- Definition 25
- flächendeckende 16
- Gemeinschaftsrecht der 736, 742ff.
- im Bundesstaat 667ff.
- im engeren u. im weiteren Sinne 12ff.
- in Deutschland 285ff.
- in Frankreich 111ff.
- in Großbritannien 279ff.
- in Italien 278f.
- in Spanien 268ff.
- Recht der öffentlichen Versorgung 25f., 31
- und Daseinsvorsorge 399f.
- und Entsorgung, s.a. Abfallentsorgung 285
- und primäres Gemeinschaftsrecht 41ff.
- und Private 401ff.
- und Staatszwecke 288ff.
- und europ. Wettbewerbsrecht 16, 46ff.
- Wandel und Wandlungen 26ff.
- Wesensmerkmale 16ff.

öffentliche Wirtschaft 14f.
öffentliche Wirtschaftseinheiten 456
öffentlicher Dienst *(fonction publique)* 7, 24, 113, 133, 487f.
öffentlicher Zweck (s.a. Staatszweck) 258f.
- und Daseinsvorsorge (s.a. dort) 377f.
- und kommunales Wirtschaftshandeln 708ff.

öffentliches Eigentum
- im deutschen Recht 415ff., 653ff.
- im französischen Recht (*domaine public*) 133, 139, 158, 172, 260f., 665

öffentliches Gut 17, 22, 55
öffentliches Interesse 16, 127f., 152f., 293ff.
Öko-Audit 298
ökonomische Analyse des Rechts 71
ordre public 64
Organisationsprivatisierung s. Privatisierung

Parlamentsvorbehalt s. Wesentlichkeitstheorie
Personennahverkehr (ÖPNV) 14, 350, 388f., 545, 548, 696
Planung, s.a. Wirtschaftspolitik, Energiepolitik
- Landesplanungsrecht 672
- Wirtschaftsplanung 177, 195f., 254, 521

Pool-Modell 34, 607, 633ff.
Postreform (s.a. Telekommunikation) 390, 549ff.
- Entwicklung 550ff.
- Postgesetz 564ff.
- Postreform I 551f.
- Postreform II 552f.
- Privatisierung 555ff.
- Telekommunikationsgesetz 559ff.
- Trennungsprinzip 556f.

Postregal 550
Postzwang 551
pouvoir municipal 250f., 678
Preisaufsicht 163, 615
Privatisierung 27ff., 330
- Anspruch auf 506f.
- formelle o. Organisationsprivatisierung 464, 488
- funktionale 28, 85, 437ff., 468
- materielle o. Aufgabenprivatisierung 28, 85, 402f., 404, 435, 438ff., 537ff., 692ff.
- und Regulierung 613
- Typologie 28, 85, 345, 403
- Verfahrensprivatisierung 345
- Zuordnung „privatisierter" Versorgungstätigkeiten 401ff.

Privatisierungsfolgenbewältigung 404
Privatisierungsprüfpflicht 481, 526f., 692
Privatisierungsverbot 203ff., 211ff., 488
Privtisierungspflicht 318f., 478, 504, 526f.
Public Private Partnership 26, 159, 404, 448
public service / public utility 279ff., 285
public undertakings 20
publicatio 128f.
Publizitätsgebot 449
puissance publique 116ff., 123ff., 143ff.
- *prérogatives de* 116, 161f.

Quersubvention 71, 88, 391, 587
Querverbund 569, 576

Rapport Mandil 181f.
Rapport Nora 157
Raumordnung 83
Rechtsbegriffe 8, 80, 353, 400
Rechtsstellungstheorie 413, 424, 438ff., 496
Rechtsvergleichung
- deutsch-französische 107f., 395ff., 450, 737ff.
- funktionale 9
- Methode 7ff., 105ff.
- Systemvergleich 105ff.
- und Gemeinschaftsrecht 107
- wertende 100

recours pour excès de pouvoir 203
Regal 320, 429, 439

Regel-Ausnahme-Verhältnis
- im wirtschaftsverfassungsrechtl. Sinne 475ff., 498
- im kommunalverfassungsrechtl. Sinne 682
régie 129, 134
Regionalisierung s. Personennahverkehr
Regionen (Frankr.) 248f., 251ff.
Regulierung 17, 271, 281f., 335, 442, 561f., 610ff., 669f.
Regulierungsbehörden 168, 188f., 673, 282
Reichselektrokrieg 579
Reregulierung 28, 39, 335
Réseau d'alimentation générale 175
Rettungsdienst 15, 349, 461, 502, 505f., 523, 525
Reziprozität 40, 609, 751
Richterrecht 8, 114, 121
rule of reason 61
Rundfunk(anstalten) 15, 29, 57, 104, 205, 273f., 309, 324f., 350, 403, 668
- Frequenzvergabe 523
- Rundfunkveranstaltungsfreiheit 621

Schlanker Staat 26
Schule von Bordeaux, s. *service public*
Schutzpflichten, grundrechtliche 100f., 477f.
sectoral / institutional choice 324, 351
Selbstbindung der Verwaltung 525
Selbstregulierung, gesellschaftliche (s.a. Gemeinwohlverantwortung) 17, 298, 452, 457f., 579, 611ff., 746f.
- Risiken und rechtliche Grenzen 351f., 457f.
Selbstverwaltungsgarantie, kommunale – s.a. Gebietskörperschaften, *pouvoir municipal*
- in Frankreich 255ff.
- in Großbritannien 281
- in Deutschland 678ff.
- - Drittwirkung 689ff.
- - Eigenverantwortlichkeit 686ff.
- - Gemeindehoheiten 687f.
- - Kernbereich 682ff., 715
- - Örtlichkeitsprinzip 680f.
- - Randbereich 684f.
- - und Aufgabenprivatisierungen 692ff.
- - und private Versorgungswirtschaft 688ff.
- - Vertretbarkeitsprüfung 685f., 693
service public 111ff.
- aktuelle Bedeutung 142ff.
- als Rechtsprinzip 129, 161ff.
- als staatstheoretische Kategorie 115ff.
- als staatliche Verwaltungsaufgabe 128f., 131
- als Vorbild für Art. 86 II EGV 80
- Aufgabenträger 128f., 151, 153ff.
- Bedeutungsvielfalt 112f.
- Eigenerfüllung d.d. Staat (*gestion directe / indirecte)* 153, 156f.
- Delegation (s.a. *gestion déléguée,* Konzession) 153, 158ff.
- *fait du prince* 160
- finanzielle Ausgeglichenheit (*équation financière*) 160, 469
- Genese 115ff.
- *gestion privée* s. *gestion déléguée*
- im engeren o. funktionalen Sinne (als Verwaltungskompetenz) 146f., 149ff.
- - Definitionen 150f.
- - Kernelemente 151ff.
- im organisatorischen u. materiellen Sinne 120
- im weiteren Sinne (Kernelement des franz. Verwaltungsrechts) 121ff.
- *intuitus personae* 160f.
- Krisen 122, 133ff.
- *missions de service public* 184, 189f.
- *obligations de service public* 159, 167
- Organisationsformen 155ff.
- Prinzipien des *service public* (*Lois de Rolland)* 130, 133ff., 141, 163, 213, 236f.
- Rechtsregime (*régime spécial exorbitant du droit commun*) 129f., 161ff.
- Rechtswegfragen 123ff.
- Schule vom *service public* (*Ecole de Bordeaux*) 125ff., 132
- und *établissement* o. *activités d'intérêt / d'utilité public* 138, 151, 311
- und erwerbswirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand 151f.
- und Grundrechte 215ff.
- und öffentliches Recht 133f.
- und *puissance publique* (s.a. dort) 145
- und Private 138f.
- und staatliche Einrichtung 121
- und Universaldienstleistungen 170, 748f.
- und Wettbewerb 164f., 240ff.
- verfassungsrechtliche Grundlagen 192ff.
- Wesensmerkmale 125ff.
services publics
- *à caractère industriel et commercial* 135ff., 140, 152, 162
- *administratifs* 136, 140, 146, 152
- *constitutionnels* 204ff., 292, 315

- *Grands services publics* o. *services publics nationaux* 165f., 170
- *régaliens* 134, 146
- *virtuels* 139f., 421, 666

servicio público 268ff.
- Aufgabenträger 270, 275
- und Elektrizitätswirtschaft 276
- und Wettbewerb 275ff.

servicios esenciales 271ff., 491
Société d'économie mixte 156f.
Société nationale des chemins de fer français (SNCF) 169
solidarité sociale 117ff., 125, 292
Sondernutzung 419
Souveränität 119, 196, 205f., 300, 397, 745
- *conditions essentielles d'exercise de la souveraineté nationale* 206, 210, 215

sozialer Zusammenhalt 96, 111, 189
Sozialisierung 476f., 580, 643, 669
Sozialleistungen 19, 79
Sozialstaatsprinzip 482ff., 592f.
- soziale Gerechtigkeit (Ausgleich sozialer Härten) 486f.
- soziale Sicherheit (Teilhabesicherung) 485f.

Sozialversicherungen 55, 207
Sozialwirtschaft 485, 517,
Spanien 107, 268ff.
Sparkassen s. Kreditinstitute
Spezialitätsprinzip, s.a. *établissement public*
- hinsichtlich kommunaler Kompetenzen 255

Spielbanken 461, 508ff.
Sportwetten 461, 508ff.
Sprachen in der EU 108f.
Staat und Gesellschaft, s.a. System-, Steuerungstheorie 336ff.
- funktionale Unterscheidung 338f.
- kein Kondominium 341ff.
- Trennung 337, 356, 393
- verfassungsgeschichtlicher Vergleich 343f.

staatliche Rahmensetzung 347f.
Staatsaufgaben / staatliche Aufgaben
- ausschließliche / konkurrierende 326, 405, 437
- Definition 312f.
- differenzierende Betrachtung 165ff., 208f., 324ff.
- „gestufte" Aufgabenabschichtung 344ff., 437
  - normative Vorgaben 471ff.
  - Regelungszuständigkeiten 668f.
- Kompetenz-Kompetenz 152, 196ff., 214f., 314f., 351, 489
- kooperative Erledigung 333ff., 401f., 404f.
- „natürliche", „wesentliche"
  - in Deutschland 319ff., 327, 377, 383, 433f.
  - in Frankreich 132f., 140, 154, 205
  - in Spanien 270
- umfassende / partielle 326, 437
- und Gesetzesvorbehalt 489ff., 645
- und Grundrechte 317, 351
- und Infrastrukturverantwortung 319
- und internationalrechtliche Vorgaben 318f., 351
- und öffentliche Aufgaben (s.a. dort) 303ff., 313, 315
- und Staatsfunktionen 312, 315, 321
- Übertragung auf Private, s.a. Privatisierung 435
- Typologie 324ff.
- verfassungsrechtliche
  - in Deutschland 315f.
  - in Frankreich (s.a. *services publics constitutionnels*) 203ff.
- verfassungsrechtliche Grenzen 317, 351
- Wandel 324

Staatsaufgabenlehre 322f., 377
Staatslehre, allgemeine 288ff., 291
Staatsvorbehalt 41ff., 75ff.
Staatszielbestimmungen
- als Gemeinwohlindikatoren 295
- und Staatsaufgaben 315f.

Staatszweck, s.a. öffentlicher Zweck 121, 288ff.
- Gemeinwohl 293ff.
- normative Staatszieltheorie 291
- relativer 289
- Staat als Selbstzweck 290f.
- staatliche Zwecksetzungskompetenz 291
- Staatszwecklehre u. Staatszweckrecht 291f.
- Zweck und Mittel 299ff.

Standortwettbewerb 481
Steuerungstheorie 332ff., 345ff.
Straßen- und Wegerecht (s.a. öffentliche Sache / öff. Eigentum) 416f., 419f., 632f., 648ff., 655ff., 720ff.
Stromeinspeisung, s.a. erneuerbare Energien 185, 587, 590, 616f., 623
Stromhandel 60
Subjektionstheorie 427
subjektives öffentliches Recht 410, 422ff., 431

Subjektstheorie 381
Subordinationstheorie 427
Subsidiarität 230, 476, 478f., 703ff., 710f., 751
Supranationalität 46
Systemgerechtigkeit 523
Systemtheorie 328ff., 331f.
– und Verfassungsrecht 339ff.

Tarifkundenversorgung 615
Teilhabeanspruch s. Daseinsvorsorge
Telegraphenregal 414
Telekommunikation, s.a. Postreform 28f.
– in Deutschland 390, 549ff., 559ff.
– in Frankreich 147f., 166ff., 212
– und Kommunen 557ff.
– Wegenutzung 563f.
– Zusammenschaltung 563
Third Party Access, s. Netzzugang
Transparenzrichtlinie 49
travaux publics 133
Tribunal des conflits 123ff.

Überlandzentralen 576
Überwachungsverantwortung 347
UCPTE 90
Umweltschutz 83, 92, 104, 298
– (kooperative) Aufgabenabschichtung 349, 351f.
– Staatsziel 479
Unbundling 34
Universaldienstleistungen 25, 88, 92, 167f., 169, 486, 562f., 748f.
Universalität
– des EG-Vertrages 44
– im Kommunalverfassungsrecht 683
Unternehmen
– im Sinne des EG-Rechts
– – Abgrenzung gegenüber „hoheitlichem Handeln" 52ff.
– – gemäß Art. 86 II 1 EGV 78
– – funktionales Verständnis 46ff., 53
– gemischt-wirtschaftliche 404, 604
– öffentlich gebundene 456
– öffentliche 14f., 53, 603ff.
– – Gleichbehandlung im EG-Recht 48ff., 69
– – als Träger der EG-Grundfreiheiten 50
– – und öffentliche Verwaltung 464ff.
Unternehmensfreiheit
– *liberté d'entreprendre* 226ff.
– in Spanien 272f.

Verbändevereinbarung 612
Verbot mit Befreiungsvorbehalt 461, 509
Verbot mit Erlaubnisvorbehalt 460ff., 509, 566
Verbundunternehmen 568f., 577
Verbundvertrag 571
Verfahrensprivatisierung s. Privatisierung
Verfassungsblock (*bloc de la constitutionnalité*) 196, 203
Verfassungsgerichtsbarkeit (in Frankreich) s. *Conseil constitutionnel* u. Kontrolldichte
Verfassungspräambel von 1946 (Frkr.) 146f.
Verfassungsprinzipien (*principes de valeur constitutionnelle*) 214
Verfassungsrat, s. *Conseil constitutionnel*
Vergaberecht 243f., 261f., 724
Vergesellschaftung, s.a. Sozialisierung 20
Verhältnismäßigkeit
– im Rahmen von Art. 86 II EGV 89
– im Rahmen grundrechtlicher Gewährleistungen 237ff. (Frkr.), 518f.
Verkehrswirtschaft (s.a. Eisenbahn, Personennahverkehr)
– in Frankreich 147, 208f.
Verleihung („echte" Konzession) 286, 406ff., 428f., 460, 540
– doppelte 413
– und Erlaubnis 423f., 430
Verleihungsvorbehalt 463
Verordnungsgebung, s.a. Gewaltenteilung 198, 200
Versicherungsmonopole 501
Versicherungsunternehmen 46
Versorgung (Begriff) 10f.
Versorgungsbetriebe (kommunale), s.a. Gebietskörperschaften 13f.
Versorgungsnetze, s. Infrastrukturnetze
Versorgungssicherheit, s.a. öffentliche Versorgung 61
Versorgungsunternehmen
– Ausnahmen vom EG-Kartellrecht 58ff.
– Begriff 12
– horizontal integrierte 37
– und europäisches Primärrecht 46ff.
– vertikal integrierte 36
Versorgungswirtschaft (Begriff) 12ff.
– in den Wirtschaftswissenschaften 13
– konkurrierende s. Konkurrenzwirtschaft u. Wirtschaftshandeln der öffentl. Hand
Verstaatlichtung, s. Nationalisierung
Verteilungslenkung 462f., 511, 523f.
– kommunale 713f., 720ff.
Vertrag über die Europäische Union

- und *Conseil constitutionnel* 206, 745
- und Bundesverfassungsgericht 745

Vertragsverletzungsverfahren gegen Strom- im- und -exportmonopole 59, 93f.
Vertrauensschutz 521
Verwaltung
- im formellen und im materiellen Sinne 403
- im funktionellen Sinne 56
- mittelbare 525
- öffentliche (i.S.d. EG-Vertrags) 52ff.
- und Wirtschaftshandeln der öffentlichen Hand s. dort

Verwaltungsaufgabe (s.a. Staatsaufgabe)
- Definition 354
- und *service public* 128f., 131, 146ff.

Verwaltungshilfe 85, 154, 159, 404, 445ff., 596f.
- herkömmliches Verständnis u. Abgrenzung zur Beleihung 446ff.
- notwendige Erweiterung 448ff.
- Steuerungsprobleme 449f.
- und Grundrechtsschutz 469f.
- Verfassungsrecht 450

Verwaltungskooperationsrecht 348
Verwaltungsmittler 404f., 448
Verwaltungsmonopol, s.a. Aufgaben-, Dienstleistungsmonopol 45
- in Deutschland 327, 377, 493, 500ff.
- in Frankreich 154

Verwaltungsprivatrecht, s.a. Fiskus 137, 141, 163, 370ff.
Verwaltungsrecht
- Anpassungsbedarf 333ff., 401f.
- und Verfassungsrecht (Frkr.) 143ff., 193f.

Verwaltungsrechtskulturen 8
Verwaltungsrechtsprechung (in Frankreich) s.a. *Conseil d'Etat* u. Kontrolldichte 123ff.
Verwaltungssubstitution 444, 448, 453
Verwaltungsvertrag (*contrat administratif*) 133
Verwaltungswissenschaften, s.a. Steuerungstheorie 345, 358
Verwaltungszuständigkeiten 672ff.
Vetretbarkeitskontrolle
- durch den EuGH (i.R.d. Art. 86 II EGV) 81f.
- durch das BVerfG (i.R.d. Art. 28 II GG) 686

volonté générale 117, 291, 397
Vorrangprinzip 47

Warenverkehrsfreiheit 63ff.
- Elektrizität als „Ware" 63

Wegehoheit, s.a. kommunales Wegeeigentum 721
Wesentlichkeitstheorie 489ff., 493f.
Wettbewerb, s.a. Wettbewerbsrecht
- und Wettbewerbsbeschränkung 103ff.
- Verfälschungen 104, 742f.
- und Versorgungswirtschaft 16, 164f.

Wettbewerbsfreiheit 227, 475, 478, 499, 530
Wettbewerbsrecht
- europäisches 46ff.
- - Ausnahmen nach Art. 86 II EGV 75ff., 398f.
- - Bindungen der Mitgliedstaaten 69ff.
- französisches 164, 240ff.
- deutsches 390ff., 528ff., 571f., 583ff.

Widmung (s.a. Straßen- und Wegerecht) 650f.
Wirtschaft (im materiellen Sinne) 16
Wirtschaftlichkeitsprinzip 480f., 504, 506, 694
Wirtschaftsförderung, regionale 22
Wirtschaftsfreiheit 521f.
Wirtschaftshandeln der öffentlichen Hand, s.a. Konkurrenzwirtschaft
- Gesetzesvorbehalt 492ff.
- Gewinnstreben 153, 516f.
- grundrechtliche Grenzen
- - in Deutschland 511ff., 703ff., 712, 729ff.
- - in Frankreich 229ff.
- in Frankreich (s.a. *service public, services publics à caractère industriel et commercial*) 151f., 154
- kommunales
- - in Deutschland 464, 494, 528, 701ff.
- - in Frankreich 258ff.
- - im Bereich Telekommunikation 557ff.
- und hoheitliches/nicht wirtschaftl. Staatshandeln 52ff., 362ff., 370ff., 376ff., 705ff.
- und öffentlicher Zweck 517ff., 526, 708ff., 731ff.
- subjektive Abwehransprüche 712ff., 729ff.
- wettbewerbsrechtliche Grenzen
- - in Frankreich 242ff.
- - in Deutschland 514, 532ff.

Wirtschaftspolitik, nationale 51, 743
Wirtschaftsverfassung
- deutsche 471ff.
- - „relative Offenheit" 473
- - „freiheitlich-soziale" 474
- europäische 42ff.
- französische 194ff.

Wohlfahrtspflege 19
Wohlfahrtsstaat (*Etat providence*) 115, 117, 258
Zugang Dritter, s. Netze
Zulassungsvorbehalt 507ff.
Zwangsmitgliedschaft 304

Jus Publicum

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Alphabetisches Verzeichnis

Axer, Peter: Normsetzung der Exekutive in der Sozialversicherung. 2000. *Band 49.*
Bauer, Hartmut: Die Bundestreue. 1992. *Band 3.*
Blanke, Hermann-Josef: Vertrauensschutz im deutschen und europäischen Verwaltungsrecht. 2000. *Band 57.*
Böhm, Monika: Der Normmensch. 1996. *Band 16.*
Bogdandy, Armin von: Gubernative Rechtsetzung. 2000. *Band 48.*
Brenner, Michael: Der Gestaltungsauftrag der Verwaltung in der Europäischen Union. 1996. *Band 14*
Britz, Gabriele: Kulturelle Rechte und Verfassung. 2000. *Band 60.*
Burgi, Martin: Funktionale Privatisierung und Verwaltungshilfe. 1999. *Band 37.*
Claasen, Claus Dieter: Die Europäisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1996. *Band 13.*
Danwitz, Thomas von: Verwaltungsrechtliches System und Europäische Integration. 1996. *Band 17.*
Detterbeck, Steffen: Streitgegenstand und Entscheidungswirkungen im Öffentlichen Recht. 1995. *Band 11.*
Di Fabio, Udo: Risikoentscheidungen im Rechtsstaat. 1994. *Band 8.*
Enders, Christoph: Die Menschenwürde in der Verfassungsordnung. 1997. *Band 27.*
Epping, Volker: Die Außenwirtschaftsfreiheit. 1998. *Band 32.*
Felix, Dagmar: Einheit der Rechtsordnung. 1998. *Band 34.*
Gellermann, Martin: Grundrechte im einfachgesetzlichen Gewande. 2000. *Band 61.*
Gröschner, Rolf: Das Überwachungsrechtsverhältnis. 1992. *Band 4.*
Groß, Thomas: Das Kollegialprinzip in der Verwaltungsorganisation. 1999. *Band 45.*
Gurlit, Elke: Verwaltungsvertrag und Gesetz. 2000. *Band 63.*
Häde, Ulrich: Finanzausgleich. 1996. *Band 19.*
Hase, Friedhelm: Versicherungsprinzip und sozialer Ausgleich. 2000. *Band 64.*
Heckmann, Dirk: Geltungskraft und Geltungsverlust von Rechtsnormen. 1997. *Band 28.*
Hellermann, Johannes: Örtliche Daseinsvorsorge und gemeindliche Selbstverwaltung. 2000. *Band 54.*
Hermes, Georg: Staatliche Infrastrukturverantwortung. 1998. *Band 29.*
Hösch, Ulrich: Eigentum und Freiheit. 2000. *Band 56.*
Holznagel, Bernd: Rundfunkrecht in Europa. 1996. *Band 18.*
Horn, Hans-Detlef: Die grundrechtsunmittelbare Verwaltung. 1999. *Band 42.*
Huber, Peter-Michael: Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht. 1991. *Band 1.*
Ibler, Martin: Rechtspflegender Rechtsschutz im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 43.*
Jestaedt, Matthias: Grundrechtsentfaltung im Gesetz. 1999. *Band 50.*
Kadelbach, Stefan: Allgemeines Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluß. 1999. *Band 36.*
Kahl, Wolfgang: Die Staatsaufsicht. 2000. *Band 59.*

Koch, Thorsten: Der Grundrechtsschutz des Drittbetroffenen. 2000. *Band 62.*
Korioth, Stefan: Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. 1997. *Band 23.*
Kluth, Winfried: Funktionale Selbstverwaltung. 1997. *Band 26.*
Kugelmann, Dieter: Die informatorische Rechtsstellung des Bürgers. 2001. *Band 65.*
Lehner, Moris: Einkommensteuerrecht und Sozialhilferecht. 1993. *Band 5.*
Lücke, Jörg: Vorläufige Staatsakte. 1991. *Band 2.*
Manssen, Gerrit: Privatrechtsgestaltung durch Hoheitsakt. 1994. *Band 9.*
Masing, Johannes: Parlamentarische Untersuchungen privater Sachverhalte. 1998. *Band 30.*
Morgenthaler, Gerd: Freiheit durch Gesetz. 1999. *Band 40.*
Morlok, Martin: Selbstverständnis als Rechtskriterium. 1993. *Band 6.*
Niedobitek, Matthias: Das Recht der grenzüberschreitenden Verträge. 2001. *Band 66.*
Oeter, Stefan: Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht. 1998. *Band 33.*
Pauly, Walter: Der Methodenwandel im deutschen Spätkonstitutionalismus. 1993. *Band 7.*
Pielow, Johann-Christian: Grundstrukturen öffentlicher Versorgung. 2001. *Band 58.*
Puhl, Thomas: Budgetflucht und Haushaltsverfassung. 1996. *Band 15.*
Reinhardt, Michael: Konsistente Jurisdiktion. 1997. *Band 24.*
Rodi, Michael: Die Subventionsrechtsordung. 2000. *Band 52.*
Rossen, Helge: Vollzug und Verhandlung. 1999. *Band 39.*
Rozek, Jochen: Die Unterscheidung von Eigentumsbindung und Enteignung. 1998. *Band 31.*
Sacksofsky, Ute: Umweltschutz durch nicht-steuerliche Abgaben. 2000. *Band 53.*
Šarčević, Edin: Das Bundesstaatsprinzip. 2000. *Band 55.*
Schlette, Volker: Die Verwaltung als Vertragspartner. 2000. *Band 51.*
Schmidt-De Caluwe, Reimund: Der Verwaltungsakt in der Lehre Otto Mayers. 1999. *Band 38.*
Schulte, Martin: Schlichtes Verwaltungshandeln. 1995. *Band 12.*
Sobota, Katharina: Das Prinzip Rechtsstaat. 1997. *Band 22.*
Sodan, Helge: Freie Berufe als Leistungserbringer im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung. 1997. *Band 20.*
Sommermann, Karl-Peter: Staatsziele und Staatszielbestimmungen. 1997. *Band 25.*
Trute, Hans-Heinrich: Die Forschung zwischen grundrechtlicher Freiheit und staatlicher Institutionalisierung. 1994. *Band 10.*
Uerpmann, Robert: Das öffentliche Interesse. 1999. *Band 47.*
Wall, Heinrich de: Die Anwendbarkeit privatrechtlicher Vorschriften im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 46.*
Wolff, Heinrich Amadeus: Ungeschriebenes Verfassungsrecht unter dem Grundgesetz. 2000. *Band 44.*
Volkmann, Uwe: Solidarität – Programm und Prinzip der Verfassung. 1998. *Band 35.*
Voßkuhle, Andreas: Das Kompensationsprinzip. 1999. *Band 41.*
Ziekow, Jan: Über Freizügigkeit und Aufenthalt. 1997. *Band 21.*

Einen Gesamtkatalog erhalten Sie gerne vom Verlag
Mohr Siebeck, Postfach 2040, D–72010 Tübingen.
Aktuelle Informationen im Internet unter http://www.mohr.de